

**Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung**

Wortprotokoll

36. Sitzung

Öffentliches Fachgespräch

zum Thema

“Nationaler Bildungsbericht 2010“

(nicht korrigiert durch die Sachverständigen und Abgeordneten)

Berlin, 13. April 2011, 9:30 Uhr

Paul-Löbe-Haus, Sitzungsaal E.300

Vorsitz: Ulla Burchardt, MdB

Vorlagen:

- BT-Drucksache 17/785

Antrag der Abgeordneten Dr. Rosemarie Hein, Agnes Alpers, Nicole Gohlke, Ralph Lenkert, Dr. Petra Sitte und der Fraktion DIE LINKE.

Kooperationsverbot in der Bildung unverzüglich aufheben

- BT-Drucksache 17/3400

Nationaler Bildungsbericht 2010 – Bildung in Deutschland

- BT-Drucksache 17/4187

Antrag der Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann, Ulla Burchardt, Dr. Hans-Peter Bartels, Klaus Barthel, Willi Brase, Petra Crone, Petra Ernstberger, Michael

Gerdes, Iris Gleicke, Klaus Hagemann, Christel Humme, Oliver Kaczmarek, Daniela Kolbe (Leipzig), Ute Kumpf, Gabriele Lösekrug-Möller, Caren Marks, Katja Mast,

Franz Müntefering, Aydan Özoğuz, Thomas Oppermann, Florian Pronold, Sönke Rix,

René Röspel, Marlene Rupprecht (Tuchenbach), Marianne Schieder (Schwandorf), Silvia Schmidt (Eisleben), Swen Schulz (Spandau), Stefan Schwartz, Andrea Wicklein,

Dagmar Ziegler, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Bildungszusammenarbeit von Bund und Ländern verlässlich weiterentwickeln

- BT-Drucksache 17/4436

Antrag der Abgeordneten Priska Hinz (Herborn), Katja Dörner, Kai Gehring, Krista Sager, Ekin Deligöz, Memet Kilic, Agnes Krumwiede, Monika Lazar, Tabea Rößner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bildungsberichte nutzen – Bildungssystem gerechter und besser machen

Weitere beratungsrelevante Unterlagen:

- ADRs 17(18)90

OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick 2010“

- ADRs 17(18)90 a

OECD-Bericht - Zusammenfassung

Sachverständige

	Seite
Prof. Dr. Jürgen Baumert, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin	6, 22, 34
MD Josef Erhard, Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, München	8, 25, 36
Prof. Dr. Horst Weishaupt, Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt am Main	10, 28, 38

Ausschussmitglieder

	Seite
<hr/>	
<u>CDU/CSU</u>	
Abg. Marcus Weinberg	13
Abg. Albert Rupprecht	31
Abg. Uwe Schummer	33
Abg. Thomas Feist	33
<u>SPD</u>	
Abg. Dr. Ernst Dieter Rossmann	15
Abg. Ulla Burchardt	32
Abg. Swen Schulz	34
<u>FDP</u>	
Abg. Patrick Meinhardt	17
<u>DIE LINKE.</u>	
Abg. Dr. Rosemarie Hein	18
<u>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</u>	
Abg. Priska Hinz	20

Beginn der Sitzung: 9:30 Uhr

Vorsitzende:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Sie sehr herzlich zu unserem heutigen öffentlichen Fachgespräch zum Nationalen Bildungsbericht 2010. Ich begrüße insbesondere unsere Sachverständigen: Herrn Prof. Baumert, den viele von uns schon aus mehreren anderen Zusammenhängen kennen, Herrn Josef Erhard, aus dem Bayerischen Staatsministerium und Herrn Prof. Weishaupt vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt am Main. Schön, dass Sie heute da sind, und uns zum Gespräch und zur Diskussion zur Verfügung stehen.

Ich möchte Ihnen vorab einige technische Hinweise geben. Das Fachgespräch wird nicht nur für das der Protokoll aufgezeichnet, sondern auch zur Verwendung für das Deutschlandradio. Die Obleute haben diesem zugestimmt, so dass sich hinterher im Protokoll des Ausschusses und vielleicht auch bei der einen oder anderen geplanten Übertragung wiederfinden.

Wir haben gemäß der interfraktionellen Vereinbarung die Sachverständigen gebeten, zu Beginn ein fünfminütiges Statement abzugeben. Bei uns ist es üblich, dies - ohne Bewertung der Person - in alphabetischer Reihenfolge zu machen. Es folgt eine Berichterstatterrunde in der Reihenfolge der Fraktionsstärke. Danach wird es eine Antwortrunde geben und im Anschluss, soweit es die Zeit zulässt, weitere Frage- und Antwortrunden, so dass es auch eine sehr kommunikative und diskursive Veranstaltung werden kann. Das Ende der Sitzung ist für 11:30 Uhr eingeplant. Es ist keine Pause vorgesehen und wenn gleich ein Imbisswagen hereinkommt, dann bitte ich, diesen nicht zu entern und nicht zu stürmen, sondern zu warten, bis die Dame oder der Herr an Ihren Platz kommt.

Der übliche Hinweis, alle Handys haben die Funktion, bei der man sie entweder lautlos stellen oder ausschalten kann. Das ist für Abläufe dieser Art immer ganz hilfreich.

Zu dem Inhaltlichen nur wenige Vorbemerkungen meinerseits: Die Bildungsberichterstattung hat durch die Föderalismusreform, und der damit verbundenen Neufassung des Artikels 91b im Grundgesetz, eine besondere Bedeutung erfahren. Es liegt nunmehr seit geraumer Zeit der dritte Bildungsbericht, nach denen aus den Jahren 2006 und 2008, vor. Ich möchte ausdrücklich, auch für meine Kolleginnen und Kollegen, betonen, dass sich unser Ausschuss - entgegen anders lautenden Darstellungen in den Medien - immer sehr ausführlich und meistens mehr als einmal mit dem jeweiligen Bildungsbericht befasst hat.

Wir tragen keine Schuld, wenn gesagt wird, dass der Bericht nicht hinreichend rezipiert worden sei. Dazu haben wir auch in der Vergangenheit entsprechende

Anträge verfasst. Wir haben sowohl im Januar 2007 als auch zum zweiten Nationalen Bildungsbericht im Jahr 2009 eine öffentliche Anhörung durchgeführt.

Heute steht für uns zum einem die Frage im Mittelpunkt, was diesen konkreten Bericht angeht, zum anderen die Frage der grundsätzlichen Bedeutung und der Funktionalität der Berichte. Welche Bedeutung wird ihnen zugewiesen? Welche Bedeutung haben diese Berichte real, wenn es um die Frage von Gestaltung und Steuerung geht?

Es ist Aufgabe von Regierung und Parlament, die Berichte auszuwerten, die Schlussfolgerungen zu ziehen, und mit den drei vorliegenden Anträgen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE. sehen Sie, dass es auch in den Fraktionen eine sehr intensive Befassung mit dem Bildungsbericht gegeben hat. So viel zunächst einmal zum Vorspann. Und damit hat Herr Prof. Baumert das Wort.

Prof. Dr. Jürgen **Baumert** (Max-Planck-Institut für Bildungsforschung):

Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich bedanke mich sehr für die Einladung und will gerne Rede und Antwort stehen. Ich möchte in der Einleitung noch einmal an die drei Funktionsprinzipien des Bildungsberichts erinnern und auf einige Implikationen aufmerksam machen. Vielleicht kann das auch ein Hintergrund unseres Gespräches sein. Der Nationale Bildungsbericht ist ein Instrument der Dauerbeobachtung des Systems mit zwei Besonderheiten. Er nimmt den gesamten Lebenslauf in den Blick, was viele andere Berichte nicht tun. Er konzentriert sich nicht nur auf institutionalisierte Bildungsprozesse, sondern betrachtet auch non-formale und - dort wo es möglich ist - informelle Bildungsprozesse.

Der normative Hintergrund, das normative Regulativ der Berichterstattung hat drei Zielsetzungen, die politisch konsensuell in die Auftragsbeschreibung für das Konsortium eingegangen sind. Eine Orientierungsperspektive ist die Frage, über welche Kompetenzen und motivationalen Orientierungen ein junger Mensch verfügen muss, um sein Leben selbstreguliert planen zu können und gesellschaftliche Teilhabe im beruflichen, privaten und öffentlichen Bereich zu erreichen?

Das Zweite, welche Humanressourcen muss das Bildungssystem für die gesellschaftliche Funktionsfähigkeit auf Dauer und in der Zukunft zur Verfügung stellen, um die Prosperität der Bundesrepublik zu sichern?

Und das dritte Regulativ ist die Frage nach der gesellschaftlichen Teilhabe, nämlich der Distribution der Teilhabe nach Merkmalen der Herkunft. Also die Frage der Bildungsgerechtigkeit.

Diese drei Fragen stehen im Hintergrund jedes Bildungsberichts, auch im Hintergrund des Bildungsberichts 2010.

Die Begrenzung des Umfanges des Berichts unter den Prinzipien der Lesbarkeit, ist ein sehr heilsames Prinzip. Die 300 oder 320 Seiten sind bisher immer eingehalten worden und wie ich meine, sehr zum Nutzen des Berichts. Diese Prinzipien haben einige Implikationen, die die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen und Probleme des Berichts verdeutlichen.

Erstens ist es ein evidenz- und datenbasierter Bericht. Das heißt, man kann nur darüber berichten, wo Daten verfügbar sind und zwar nicht nur punktuell, sondern auf Dauer gestellt, um die Kontinuität der Berichterstattung sicherzustellen. Das ist ein Entwicklungsprozess. Man kann die Daten auch erzeugen, was aber dann die Verpflichtung begründet, diese Daten auf Dauer zu erstellen. Man kann nicht von Bildungsbericht zu Bildungsbericht unterschiedliche Themen anschlagen. Dann erfüllt er seinen Zweck der Dauerbeobachtung nicht. Die Frage ist, wie sichert der Bericht die Kontinuität?

Damit ist die zweite Implikation aufgeworfen. Wie verbindet man die Kontinuität der Berichterstattung mit der Problemsensitivität? Wie schafft es der Bericht, die Stabilität zu bewahren und gleichzeitig die Punkte zu adressieren, die politisch und gesellschaftlich bedeutungsvoll sind? Das ist ein Balanceakt, der mit jedem Bericht neu anzugehen ist. Mein Eindruck dabei ist, dass er in den ersten drei Berichten relativ gut gelungen ist. Nämlich dadurch, dass der Bildungsbericht die Kontinuität der Indikatoren zwar aufrecht erhält, die Variabilität in der Tiefe der Darstellung der einzelnen Indikatoren aber bewahrt.

Die dritte Implikation ist die Frage des analytischen Fokus. Der Auftrag, den der Bildungsbericht zu erfüllen hat, ist primär analytischer Art. Sozusagen die Parameter für politische Entscheidung deutlich zu machen, sie zu benennen, aber keine politischen Entscheidungen zu treffen. Dies hat sich bisher als solides Prinzip der Bescheidung bewährt, indem mögliche Entscheidungsparameter in aller Klarheit - auch analytischen Klarheit – benannt werden, dass aber nicht in die Möglichkeit der Optionen der Antworten eingegriffen oder den Antworten sogar zuvorgekommen wird. Hier würde der Bericht, wenn er dies täte, die Basis der Evidenzbasierung verlassen. Denn auf jedes Problem gibt es mindestens zwei, meistens mehr Antworten, und man weiß nicht genau, welche die Richtigen sind.

Hieran schließt die Frage nach der Differenz zwischen Analyse und Empfehlung unmittelbar an. Wenn es zur Empfehlung kommt, sind Randbedingungen zu berücksichtigen, die regional nach Ländern, aber auch innerhalb der Länder variieren. Daneben ist eine Priorisierung von Maßnahmen zu treffen, und es sind politische Entscheidungen, die man gerechterweise nicht von einem wissenschaftlichen Konsortium erwarten sollte, um es nicht zu verführen, aber auch nicht zu überfordern.

Die weitere Implikation ist: Wie verbindet man die Kontinuität mit der Weiterentwicklung und der Modernisierung des Berichts? Hier ist die Antwort, dass eine nationale Berichterstattung durch vorlaufende Forschung begleitet werden muss. Das ist bisher relativ gut gelungen. Die Datenbasis ist national, aber

auch international erweitert worden. Der Weiterbildungsbereich ist ein Musterbeispiel. Davon wird der neue Bildungsbericht, der jetzt in der Vorbereitung ist, profitieren. Aber auch die Bundesrepublik selbst hat geantwortet. Das Mikrozensusgesetz war seit 2005 für lange Zeit hinsichtlich bestimmter Problemlagen, wie etwa der sozialen Determinanten der Bildungsbeteiligung oder der Definition von Zuwanderung, responsiv. Der Mikrozensus ist ein großer Tanker, der nicht leicht zu bewegen ist.

Letztlich gab es aber Kurskorrekturen zum Nutzen des Bildungsberichts, was besonders in den letzten beiden Berichten erkennbar ist.

Und schließlich die Frage des nationalen Fokus und der Offenheit für regionale Differenzierung. Der Bericht ist ein nationaler Bericht. Man kann eine Differenzierung auf Länderebene erwarten, wenn diese für die Gesamtdarstellung des nationalen Zustandes des Bildungssystems wichtig ist. Man kann und sollte aber keine regionale Detaildarstellung erwarten. Das würde die Lesbarkeit des Berichts tatsächlich beeinträchtigen. Regionalisierung spielt nur dann eine Rolle, wenn die Struktur der Regionalisierung oder der Differenzierung nationale Bedeutung hat. Bisher wurde dieses, auch nach meiner Sicht, gut eingehalten.

Das Schwerpunktkapitel, welches das Ergebnis eines Diskurses zwischen Bund, Ländern und dem Auftragnehmer darstellt, ist eine Stärke des Bildungsberichts. Wobei beim Auftragnehmer vor allem die Überprüfung der Machbarkeit, das heißt, der verfügbaren Datenbasis für ein wirklich gehaltvolles Schwerpunktkapitel steht. Dies ist am ehesten das Kapitel, was politisch diskursiv entwickelt worden ist und dem eine politische Entscheidungsoption voransteht. Soweit ich es sehe, ist es eine wirkliche Bereicherung des Berichts, weil es zu einem drängenden Gebiet eine vertiefende Analyse gibt. Vielen Dank.

Vorsitzende:

Herzlichen Dank, und nun Herr Erhard, bitte.

MD Josef **Erhard** (Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus):

Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, ich darf dieses kurz ergänzen und möchte dann auch konkret drei Punkte nennen, die mir für diesen Bildungsbericht in besonderer Weise von Bedeutung erscheinen.

Der erste Punkt zum Allgemeinen: Die Kultusministerkonferenz hatte in Zusammenarbeit mit dem Bund und dem BMBF ein Gesamtkonzept zum Monitoring der Bildung in Deutschland entwickelt, das zum Teil von der Kultusministerkonferenz selbst, zum Teil von der Kultusministerkonferenz und dem BMBF betrieben wird. Dieses Monitoring umfasst zunächst die Entwicklung von Standards. Sie wissen, dass hier die ersten TIMSS- und PISA-Untersuchungen nachschwingen. Es war eine Folge aus diesen Untersuchungen, Standards für bestimmte markante Punkte in einer Bildungskarriere am Ende der

vierten Klasse, in der neunten Klasse für den mittleren Schulabschluss und schließlich - zurzeit in Entwicklung - für das Abitur zu entwickeln. Diese Standards und die Überprüfung dieser Standards führen zu den Ländervergleichen, die auf der Basis unserer Standards durchgeführt werden. Das ist das erste Standbein, bei dem wir nachschauen, ob das, was wir an Gemeinsamkeit vereinbart haben, eingehalten wurde. Dies wird veröffentlicht und der Allgemeinheit zur Kenntnis gegeben.

Der zweite Punkt ist der internationale Vergleich. Wir haben in der Kultusministerkonferenz beschlossen - und sind über die Beteiligung des Bundes dankbar-, auch in Zukunft bei den internationalen Leistungsvergleichen teilzunehmen. Das betrifft PISA, das betrifft TIMSS für Mathematik und PIRLS/IGLU für das Lesen. Damit wir auch sehen können, inwieweit die Bundesrepublik sich insgesamt im internationalen Vergleich verorten und nachweisen kann; haben wir den Anschluss verloren oder sind wir dabei oder sind wir im Schnitt oder sind wir darüber?

Der dritte Punkt für das Monitoringkonzept ist der Nationale Bildungsbericht. Er gibt anhand von festgelegten Indikatoren Auskunft, wie sich Bildung in Deutschland entwickelt, um damit einen gewissen Trend beobachten zu können. Wir wollen einen internationalen Trend bei PISA, bei TIMSS, bei PIRLS/IGLU feststellen und wir wollen im Nationalen Bildungsbericht – intern - im Land einen Trend erkennen. Dazu haben wir beschlossen, über bestimmte Indikatoren immer wiederkehrend zu berichten und jeweils einige Indikatoren wegzulassen bzw. neu aufzunehmen. Das kann Herr Professor Weishaupt aber weit besser erläutern.

Ich meine, der dritte Bildungsbericht von 2010 – wir hatten auch einen Vorgänger, der vom Umfang her etwas missglückt war -, hat meines Erachtens drei Herausforderungen verdeutlicht. Erstens, dass wir in den nächsten 15 Jahren ein Problem mit der Qualifikation der Arbeitskräfte haben werden. Es wird immer weniger Arbeitsmöglichkeiten ohne jegliche Qualifikation geben und die Anforderungen an die Qualifikation werden immer höher. Darauf hat die Bildungspolitik zu reagieren. Ich gehe davon aus, dass wir uns in der Diskussion auch darüber unterhalten werden.

Zweitens haben wir zum wiederholten Male festgestellt, dass die Thematik der Chancengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche noch nicht abgeschlossen ist. Dieser Bildungsbericht hat eine sehr griffige Formulierung gefunden, dass es nämlich drei Konfliktfelder gibt: die finanzielle Problematik, die soziale Beteiligung und die Bildungsbeteiligung. Die Kinder, die bei all diesen drei Problemfeldern sozusagen zu Hause Schwierigkeiten haben, gehören zu denen, bei denen Schwierigkeiten in der späteren Bildungskarriere vorherzusehen sind. Welche Schlussfolgerungen wir daraus ziehen, ist politisch zu entscheiden.

Die dritte Herausforderung, die im Besonderen Gegenstand dieses Bildungsberichts war, ist der demographische Wandel. Es wurde uns in diesem

Bildungsbericht eindringlich vor Augen geführt, in welchem Umfang die Bildungsteilnehmer bis zum Jahr 2025 vor allem im ländlichen Raum abnehmen werden, dass sich Deutschland auseinander entwickelt. Die Ballungsräume, in denen beinahe keine Abnahme der Bildungsbeteiligung feststellbar sein wird, in denen auch die Bevölkerung kaum mehr abnehmen wird, und der ländliche Raum, der extrem stagnieren wird. Darauf muss die Politik eine Antwort finden.

Insgesamt zeigt dieser Bildungsbericht erneut, dass wir uns auf empirische Daten stützen und dass die empirische Wende, die zum Ende der neunziger Jahre eingeleitet wurde, inzwischen Allgemeingut geworden ist und stattgefunden hat. Wir müssen uns auf diese Monitoringdaten, die ich gerade genannt habe, in der Politik stützen und die Konsequenzen ziehen.

Vorsitzende:

Vielen Dank, Herr Professor Weishaupt, bitte.

Prof. Dr. Horst **Weishaupt** (Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung):

Sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank, Frau Vorsitzende, auch für die Einladung. Ich kann dem, was Herr Baumert zur Funktion des Bildungsberichts sagte, nichts hinzufügen. Es ist die Konzeption, die auch wir vertreten, und die mit der Steuerungsgruppe und dem wissenschaftlichen Beirat gemeinsam entwickelt wurde.

Ich will vor allem auf einige Befunde eingehen, weil ich denke, dass über die Frage - das haben Sie einleitend angedeutet - der Fortführung des Bildungsberichts auch die Diskussion der Ergebnisse wichtig sein sollte.

Man kann einmal konstatieren, dass es sicher einige Fortschritte gibt, die jetzt in der Zeitreihe der Bildungsberichte erkennbar sind. Vor allem der Ausbau des Kinderkrippen- und Tagesmütterangebots für unter Dreijährige, ist hier zu nennen. Ebenso der Ausbau der Ganztagschule. Nahezu die Hälfte aller Schulen in Deutschland sind inzwischen Ganztagschulen. Ferner der immens angestiegene Hochschulbesuch, der als positiv zu vermerken ist.

Wir haben natürlich auch fortbestehende Probleme. Herr Erhard hat es gerade schon angesprochen. Hierzu gehören die großen sozialen Unterschiede in der Bildungsbeteiligung, insbesondere das niedrige Bildungs- und vor allem auch Ausbildungsniveau von Migranten. Dazu muss man sagen, dass das gerade keine Probleme eines unzureichenden Bildungsangebots oder fehlender Gelegenheitsstrukturen sind. Vielmehr ist es ein Problem dessen, dass bestimmte Gruppen in der Gesellschaft die bestehenden Bildungsangebote nicht erfolgreich nutzen können und sich auch die Benachteiligungen im Bildungsverlauf über die Lebensspanne hinweg kumulieren. Diesem Sachverhalt sollte man in der Zukunft entschiedener begegnen, da - das ist auch hier im Kreise allen klar - mit Bildung

entscheidend die gesellschaftliche Teilhabe verbunden ist. Um gerade allen Bürgern dieses Landes eine gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, muss ein gewisses Bildungsniveau gesichert und alles unternommen werden, um dieses zu erreichen.

Das andere Problem, welches man ansprechen kann, ist die Notwendigkeit einer verstärkten Verbindung von Wissensvermittlung, Unterstützung des Lernens und der Betreuung. Durch die Ausweitung der Bildungszeiten ergibt sich ein Sachverhalt, den man auch im Bildungswesen registrieren muss, dass traditionell der Familie zukommende Aufgaben innerhalb des Bildungswesens vermehrt übernommen werden müssen. Das Bildungswesen muss sich darauf einrichten, dass es verstärkt erzieherische Aufgaben, betreuende Funktionen und Fördermaßnahmen erfüllen muss.

Der Schwerpunkt des letzten Bildungsberichts war die demographische Entwicklung. Herr Erhard hat vor allem die regionalen Disparitäten angesprochen, die festzustellen sind. Im Hinblick auf die demographische Entwicklung muss man sagen, dass die einzelnen Bildungsbereiche ganz unterschiedlich davon betroffen sind, da auch die demographischen Faktoren für die Entwicklung in diesen Bereichen unterschiedlich bedeutsam sind.

Wir müssen trotz insgesamt rückläufiger Geburtenkohorten davon ausgehen, dass im Elementarbereich - besonders im Bereich der Krippenerziehung - zukünftig ein hoher Ausbaubedarf besteht. Daneben müssen wir im Bereich der Hochschulen mit längerfristigem weiterem Ausbaubedarf rechnen, der aufgrund der Nachfrageentwicklung entstanden ist. Ebenso haben wir für den Bereich der Weiterbildung sicher einen erheblichen Ausbaubedarf, so dass sich der Rückgang im Wesentlichen auch auf den Schulbereich konzentriert. Der entstehende Gestaltungsspielraum ergibt sich im Wesentlichen aufgrund der Entwicklung im Schulbereich. Dabei kann man nicht davon ausgehen, dass dieser potentielle Gestaltungsspielraum naturwüchsig geschieht.

Herr Erhard hat darauf hingewiesen, dass wir in den Städten keine Entlastung haben werden, da dort die Bevölkerung weiter steigen wird. Zum einen existieren dort schon große Disparitäten. Zum anderen haben wir das Problem der geteilten Zuständigkeiten zwischen Ländern und Kommunen. Es besteht partiell, auch gerade im Bildungsbereich, die Situation, dass ein Teil der potentiellen Entlastungen überhaupt nicht bei der öffentlichen Hand anfallen. Die Frage der finanziellen Gestaltungsspielräume muss man daher sehr distanziert und zurückhaltend betrachten. Jedenfalls sind wir der Auffassung, dass die Ressourcen, die potentiell freisetzbare sind, auf jeden Fall auch dem Bildungswesen weiterhin erhalten bleiben sollen. Denn innerhalb des Bildungswesens entstehen aufgrund der genannten Punkte im Hinblick auf die Ergänzung der Betreuung und der erzieherischen Aufgaben - die zu übernehmen sind - zusätzliche Aufgaben.

Eine zentrale Aufgabe ist die Sicherung des langfristigen qualifikationsspezifischen Arbeitskräftebedarfs unter der Bedingung der kleiner werdenden Alterskohorten, die in den Arbeitsmarkt hineinwachsen. Bezüglich des Arbeitsmarkts ist der weitere Anstieg des Dienstleistungsbereichs anzunehmen und als Entwicklung zukünftig klar absehbar. Hiermit ist der Rückgang des produzierenden Sektors, mit den damit einhergehenden Beschäftigungen und den steigenden Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitskräfte, verbunden. Das impliziert auch, wenn man die traditionelle Verteilung der Berufe auf Frauen und Männer unterstellt, dass das Beschäftigungssystem immer weiblicher wird und dass das Problem nicht darin besteht, Frauen in Männerberufe zu bekommen, sondern Männer in Frauenberufe. Das wird eine der Herausforderungen sein, die sich stellen.

Die Vorausschätzung des Arbeitskräftebedarfs hat gezeigt, dass nicht die MINT-Berufe, die oft in der öffentlichen Diskussion stark betont werden, die Problemfelder sind, sondern, dass wir vor allem in den Gesundheitsberufen mit großem Arbeitskräftebedarf über das Angebot hinaus rechnen müssen. Zudem ist auch die Kreativwirtschaft ein wichtiger expandierender Bereich des Arbeitsmarktes, für den man entsprechen qualifizieren muss.

Wir sehen insgesamt kein Problem, dass dieser Arbeitskräftebedarf zu einer Lücke an qualifikationsspezifischen Arbeitskräften führen muss. Denn man muss sehen, dass es ein ganz erhebliches Potenzial an Hochqualifizierten gibt, die noch für höherwertige Beschäftigung erschlossen werden können. Ich will hier nur nennen, dass etwa das Potenzial an Abiturienten mit 39 Prozent bei den 30- bis 35-Jährigen fast doppelt so hoch ist, wie die Quote derjenigen mit Hochschulabschluss in der entsprechenden Altersgruppe. Das heißt, wir haben etwa ein Viertel, das zwar eine Hochschulzugangsberechtigung hat, das aber nicht die Hochschule besucht. Ein weiteres Viertel etwa, das ein Hochschulstudium beginnt, es aber nicht erfolgreich zum Abschluss führt. Insofern bestehen riesige Potenziale, die aber nur erschlossen werden können, wenn für die Absolventen des dualen Systems und die Hochschulzugangsberechtigten verstärkte Möglichkeiten, auch einer Nachqualifizierung nach einer begonnenen Erwerbstätigkeit, eröffnet werden.

Daneben haben wir einen erheblichen Nachqualifizierungsbedarf für Ältere, insbesondere ältere Erwerbstätige, die über Weiterqualifizierung im höheren Erwerbsalter auch dazu gebracht werden müssen, dass sie länger am Arbeitsmarkt bleiben können und nicht vorzeitig aus diesem ausscheiden.

Wir haben ansonsten noch das wirklich massive Problem des Arbeitsmarkts, dass wir in einigen Jahren einen Ausgleich zwischen Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftebedarf erreichen könnten, wenn es gelingt, die Zahl der Unqualifizierten am Arbeitsmarkt um 1,3 Mio. im nächsten Jahrzehnt zu reduzieren. Und das ist, glaube ich, eine der zentralsten Herausforderungen, die sich aus den Arbeitskräftebedarfsberechnungen bei uns ergeben haben. Man muss jetzt überlegen, wie man überhaupt entsprechende Strukturen schafft,

um für Unqualifizierte Nachqualifizierungsmöglichkeiten zu schaffen. Das ist ein Thema, das meines Erachtens von der Politik noch nicht in seiner Dringlichkeit aufgegriffen wurde.

Das heißt, was sich im Hinblick auf die weitere Entwicklung und als Feld besonderen politischen Handlungsbedarfs, andeutet, ist genau dieser angesprochene Punkt, wie ebenso ein verstärkter Ausbau der Hochschulen bezüglich der Nachqualifizierung von bereits Berufstätigen.

Der Ausbau der beruflichen Weiterbildung an Hochschulen muss über das bisherige Maß entschieden hinaus gehen. Für diese Bereiche wird man zusätzliche Mittel benötigen. Wir haben mit diesen Zusatzbedarfen auch begründet, dass wir meinen, dass das Ziel, nicht nur die Mittel für das Bildungswesen zu erhalten, sondern auch die verfügbaren Mittel für das Bildungswesen - trotz der demographischen Entwicklung - zu steigern, ein gesellschaftspolitisch wichtiges Ziel ist. Vielen Dank.

Vorsitzende:

Vielen Dank. Und damit kommen wir in die erste Runde. Es beginnt Herr Weinberg, bitte.

Abg. Marcus **Weinberg** (CDU/CSU):

Vielen Dank, Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren. Vielen Dank an die Herren für den Bericht. Ich glaube, dass wir nicht lange über die Schlussfolgerungen diskutieren müssen, weil die längerfristigen positiven Entwicklungen und die von Ihnen skizzierten Herausforderungen, allen klar sind.

Nun hat Professor Baumert interessant formuliert, dass der Bericht einen analytischen Vorbau liefere, um Parameter für politische Entscheidungen zu skizzieren. Das ist gerade das Problem der Politik, wenn sie nämlich einmal Entscheidungen im Bildungsbereich trifft, dann werden diese häufig wissenschaftlich diskutiert und teilweise auch widerlegt. Das mag aber unser Problem sein, in diesem Bereich weitreichende Entscheidungen zu treffen.

Ich habe eine Reihe von Fragen. In der ersten Runde vier bis fünf Fragen, einmal unsortiert von der Reihung her, waren Themen bei den Herausforderungen, das Thema Migration, die Bildungsbeteiligung und die Bildungsergebnisse von jungen Menschen mit Migrationshintergrund.

Ich habe eine Frage und spreche Herrn Professor Baumert an: Wir diskutieren zurzeit auch die Bildungsergebnisse in der Differenz Jungen und Mädchen. Wir werden Morgen im Deutschen Bundestag eine Initiative der Koalitionsfraktionen dazu beraten, wo die Frage, wie sich Jungen und Mädchen in den letzten Jahren in ihren Bildungsleistungen entwickelt haben, Thema sein wird. Ist es möglich – so wie es Herr Erhard angesprochen hat – von Indikatoren auch Trends

abzuleiten? Bekommen wir möglicherweise einen Trend, wo wir das Thema Jungen und Mädchen und deren Bildungsleistungen intensiver auch in den nächsten Berichten zum Schwerpunkt machen sollten?

Dann wurde von Herrn Professor Weishaupt der Punkt des quantitativen Ausbaus, gerade in der vorschulischen frühkindlichen Bildung und im Krippenbereich, wo die Länder und der Bund insgesamt hohe Leistungen vollbracht haben, angesprochen. Daher an Sie die Frage, inwieweit der qualitative Ausbau hinterher gekommen ist? Ich will es einmal konkret machen. Die Frage der Erzieherinnenausbildung, aber auch die Frage, wie wir Qualitätsstandards gerade im frühkindlichen vorschulischen Bereich sichern.

Anschließend an Herrn Erhard die Frage bzgl. der Indikatoren und der Wirkungsmechanismen: Wie steht es um die Lehrer oder die Bewertung des Lehrers vor dem Hintergrund, dass man sich überlegen sollte oder darüber nachdenken müsste, Lehrerexzellenzen aufzubauen in der Ausbildung? Soll man die Lehrerfortbildung intensivieren?

Mein kleines Bundesland hat jetzt eine verpflichtende Lehrerfortbildung von 30 Wochenstunden pro Jahr. In Hamburg haben wir verankert, die Frage der Lehrerexzellenz und der Lehrerfortbildung tiefer in den Blick zu nehmen.

Anschließend noch zwei kleinere Fragen zur frühkindlichen Bildung.

Die erste Frage betrifft die Bewertung von Sprachförderprogrammen. Die Politik hat nach der Analyse, dass zu viele Kinder zu schlecht die deutsche Sprache sprechen, entschieden, dass man Sprachförderprogramme auf den Weg bringt. Wie ist die Bewertung dieser Programme? Man hört an verschiedenen Stellen, dass diese Programme nicht die Wirkung entfalten konnten, die man ihnen zugemessen hat.

Zuletzt an Herr Erhard die Frage, die das Thema mit dem Schwerpunkt demographischer Wandel und die Folgen des demographischen Wandels betrifft: Man ist dazu übereingekommen, dass man Haupt- und Realschulen zusammengelegt hat, und dass man im Bereich Kita und Grundschule verstärkt in Kooperation zusammenlegt. Hierzu kann man mit dem demographischen Wandel und den gerade in ländlichen Regionen fehlenden finanziellen Mitteln argumentieren. Mich würde eine pädagogische Bewertung interessieren, gerade vor dem Hintergrund der Zusammenlegung der Haupt- und Realschulen zu den sog. Oberschulen, Stadtteilschulen, Mittelschulen und auch die Frage der Kooperation der Grundschulen mit Kitas.

Vorsitzende:

Herzlichen Dank, Herr Rossmann, bitte.

Abg. Dr. Ernst Dieter **Rossmann** (SPD):

Die nationale Bildungsberichterstattung hat noch nicht eine so lange Tradition, aber wir finden die Ergebnisse – ich will das jetzt durchaus ambivalent ausdrücken – in mancher Hinsicht schlagend und erschlagend.

Uns geht es teilweise so, dass das Berichte sind, die dennoch nicht so einfach in der Fülle der Daten und in der Zuordnung der jeweiligen auch methodischen Hintergründe zu rezipieren sind. Gleichzeitig stellt sich für uns die Frage: Wenn das ein gutes Instrument ist, wie wird dieses eigentlich rezipiert, wahrgenommen auch aus Ihrem Urteil? Was können wir auf der Rezeptionsebene, auf der Zuspitzungsebene, auf der Forschungsebene und auf der Fachebene noch weiter optimieren? Deshalb dazu in diesen vier verschiedenen Ebenen nun in der ersten Fragerunde ein paar Nachfragen.

Erstens, wenn es um die Rezeption geht, dann haben wir uns hier im Bundestag immer die Mühe gegeben, zumindest eine Parlamentsdebatte zu führen. Wie ist Ihre Wahrnehmung, da es sich um einen nationalen Bildungsbericht handelt, der auch die Länder als wesentliche Träger des Bildungswesens in Deutschland mit einschließt, was die Länderrezeption angeht? Bräuchte man nicht auch, um diesen gewichtigen Nationalen Bildungsbericht ein noch größeres Gewicht zu geben, so etwas wie eine Rezeptionsreflexion? Einmal selbstkritisch gefragt, wo taucht dieser Bericht überhaupt auf? In welcher Form wird auf den Bericht Bezug genommen? Was wird wo und wie umgesetzt? Gibt es in dieser Richtung bei Ihnen - auch im Konsortium - eine solche Wirkungsanalyse?

Das Zweite, was uns bewegt, - ist und da muss ich zurückgreifen auf etwas, was wir damals in der Großen Koalition mit einem Antrag, den wir am 23. Mai 2007 in den Bundestag eingebracht und dort zusammen formuliert und beschlossen haben -, dass die Bundesregierung aufgefordert wird, sich im Dialog mit den Ländern dafür einzusetzen, das Instrument der gemeinsamen Empfehlung nach Artikel 91b Abs. 2 des Grundgesetzes auf der Grundlage der Ergebnisse der Bildungsberichterstattung weiterzuentwickeln. Die Frage ist - als gemeinsamer Wunsch damals von CDU/CSU und SPD – ob es allein bei einer Ist-Feststellung bleibt oder ob man nicht auch zu Empfehlungen kommen könnte, um es in der Bildungsentwicklung zuzuspitzen und zu dynamisieren?

Wenn wir diesen Bericht lesen, beobachten wir, dass es überall ein Kapitel Perspektiven gibt. Wenn man genau liest, dann bewegen sich bei den Perspektiven teilweise auch Formulierungen, die Empfehlungscharakter haben. Daher die Frage, ob nicht klarer herausgearbeitet werden kann, dass sich in einem Kapitel Perspektiven nicht ein möglicher differenzierender Streit zwischen verschiedenen Ländern und zwischen Bund und Ländern oder zwischen Wissenschaft abbildet, sondern dort, wo ein eindeutiger Konsens besteht, den es zwischen Bund, Ländern und Wissenschaft geben soll, dies dann als direkte Empfehlung kenntlich gemacht und ausgedrückt wird? Damit kann man sich – wo das Bildungswesen ohnehin stark konsensorientiert entwickelt werden sollte – noch stärker auf einen solchen Perspektivkonsens oder auf einen Analysekonsens

beziehen. Bisher muss man dieses sehr stark herausfiltern und sehr differenziert lesen. Unter Umständen ist die Rezeption prägnanter, wenn es dort, wo es nach einem Konsens zumindest Empfehlungen gibt, diese auch klar benannt werden können. Damit hätte man darüber gleichzeitig ein Instrument, vom Nationalen Bildungsbericht ausgehend, an dem sich auch Bund und Länder in gemeinsamer Zielumsetzung stärker orientieren könnten, also das, was wir auf EU-Ebene anderswo als offene Koordinierung haben.

Das Dritte, was ich exemplarisch in diesen vier verschiedenen Ebenen ansprechen möchte, bezieht sich auf Forschungsdesiderate und ihren Zusammenhang zu Bildungsforschung im weitesten Sinne. Ich will das exemplarisch machen, dass wir jüngst eine Alpha-Studie im Bezug auf den Umfang des funktionalen Analphabetismus in Deutschland bekommen haben. Darauf musste man erst einmal kommen, dass es dort ein Forschungsdesiderat gibt. Dieses ist nicht als solches im ersten oder im zweiten Nationalen Bildungsbericht adressiert gewesen, sondern lief außerhalb über eine Bundesregierung, die es für sich zum Thema gemacht hat.

Nun meine Frage an Sie, ob Sie vergleichbare Forschungslücken sehen? Wie müsste man die Bildungsforschung, aus dem, was Sie im Nationalen Bildungsbericht als Quellen aus der ganzen Fülle der Studien heranziehen können, angehen, weil aus einem Bericht eigentlich auch immer eine Analyseerwartung folgen könnte? Das Panel allein wird das nicht abdecken. Nehmen Sie wahr, dass wir in Sachen Bildungsforschung neue und weitere Schwerpunkte setzen sollten? Ich will ausdrücklich aus unserer Sicht benennen, dass das Problem der Grundbildung in der Kontinuität der Alpha-Studie sicherlich ein solches sein könnte, aber auch zu anderen Fragen: Welches Bildungsniveau haben wir eigentlich real in Deutschland und nicht an formalen Abschlüssen? Denn das ist das eigentliche Wunder dieser Alpha-Studie, dass es viele sind, die einen Schulabschluss haben und trotzdem nicht lesen können.

Der vierte Komplex bezieht sich auf den demographischen Wandel, den Sie angesprochen haben. Hier ist bildungspolitisch eine entscheidende, wichtige Zahl, nämlich 20 Mrd. Euro Umschichtungspotential durch die Verlagerung von Bildungsanforderungen im System der lebenslangen Bildungseinrichtungen und –anforderungen. Die 20 Mrd. Euro stehen hier relativ unvermittelt. Es wird aber nicht die Perspektive dargelegt, was aus diesen 20 Mrd. Euro in welche Richtungen umgeschichtet werden sollte. Meine Frage wäre, ob es dazu im Konsortium eine Diskussion gegeben hat? Von den Schulen gehen 9,3 Mrd. Euro weg. Wohin fließen sie? Das ist gegebenenfalls konsensorientiert oder Streitig, aber jedenfalls interessiert es uns.

Vorsitzende:

Vielen Dank, Herr Meinhardt, bitte.

Abg. Patrick **Meinhardt** (FDP):

Vielen herzlichen Dank. Ich möchte mich bei der ersten Frage auch unmittelbar an den Vorredner anschließen. Ich glaube, dass ein solcher Nationaler Bildungsbericht seine Bedeutsamkeit wirklich in der Summe nur dadurch bekommt, dass alle Ebenen, die unmittelbar beteiligt sind, sich damit intensiv auseinandersetzen. Deswegen würde ich die Frage an der Stelle zweigeteilt setzen.

Erstens: Welche Beratungen haben zu den vergangenen drei Bildungsberichten jeweils in den Länderparlamenten bzw. in den Ausschüssen stattgefunden? Welche Kenntnisse mit Schlussfolgerungen sind davon bekannt?

Zweitens: Was sind Möglichkeiten, die Sie sich vorstellen könnten, dass es dort zu einer intensiveren Debattenkultur über diesen Nationalen Bildungsbericht kommt? Nur wenn der Bericht gesamtpolitisch diskutiert wird, macht er wirklich Sinn. Wenn er in den Ländern und bei uns diskutiert wird. Er ist zwar für uns auf der bundespolitischen Ebene ein enorm wichtiger Bericht, in den Schlussfolgerungen aber, dort wo Handlungsnotwendigkeiten vor Ort gesetzt werden müssen, haben wir ein erhebliches Gestaltungsdefizit.

Ein weiterer Punkt, der auch durch Sie, Professor Baumert, mit angesprochen worden ist. Es ist die Frage, wie man sowohl mit Zielen- und Handlungsempfehlungen umgeht als auch auf der zweiten Ebene mit der Schwierigkeit von der Länderebene noch einmal sehr detailliert in die regionale Ebene hineinzugehen. Wie stehen Sie dazu, ob die detaillierten Handlungsempfehlungen noch Bestandteil einer solchen Berichterstattung sein sollten? Sie ahnen vielleicht aus meiner Formulierung heraus, dass wir als Fraktion eine gewisse Zurückhaltung üben, weil wir glauben, dass die wichtigen Daten oder Analyseerkenntnisse diejenigen sind, die wir brauchen. Jedoch sollten wir für politische, gestaltende und bildungspolitische Handlungsempfehlungen auch eigenständig zuständig sein.

Ein Aspekt, den Sie angesprochen haben, nämlich die Frage, wie weit wir in einem Bericht, im Wissen darum, dass dieser nicht vom Umfang gesprengt werden soll, ins Detail hineingehen können. Hier würde ich noch einmal nachhaken wollen. Sie haben sehr bewusst angeführt, dass es die Differenzierungen zwischen den ländlichen und urbanen Räumen gibt, die sich wahrscheinlich in nächster Zeit noch verschärfen werden. Auch haben Sie angeführt, dass wir hier sehr unterschiedliches Datenmaterial brauchen, um dann zu den notwendigen Schlussfolgerungen kommen zu können. Deswegen glaube ich, dass in einer regionaleren Betrachtung die richtigen Handlungsschlussfolgerungen letztendlich von uns kommen können. Mich würde jetzt einmal interessieren, wie Sie hier die Perspektive sehen?

Der Punkt, der vorhin noch angesprochen worden ist, betrifft die Frage der unterschiedlichen Schwerpunktsetzung, nämlich dass man neben die internationale Bildungsberichterstattung sehr bewusst die nationale

Bildungsberichterstattung gesetzt hat. Wie bringen Sie Schlussfolgerungen aus den internationalen Erkenntnissen auch in die nationale Bildungsberichterstattung mit hinein? Ich verdeutliche es einmal an den PISA-Ergebnissen. Wenn man die führenden PISA-Länder anschaut, dann stellt man relativ schnell fest, dass sie den mutigen Schritt getan haben, mehr Eigenverantwortung in ihre Schulen hineinzugeben, um dadurch mehr Entscheidungskompetenzen und –möglichkeiten vor Ort zu eröffnen.

Zum Themenbereich eigenverantwortliche Schule: Wie hoch ist beispielsweise der Grad der Eigenverantwortlichkeit, was wird in den einzelnen Ländern gemacht und wo kann noch etwas flankiert oder unterstützt werden? In der nationalen Bildungsberichterstattung finde ich relativ wenig dazu.

Ich weiß, dass wir einmal in einer Runde mit einem Vertreter der Kultusministerkonferenz, das ist schon mehr als zwei Jahre her, die Frage gestellt hatten: „Wo haben Sie denn Ihre Arbeitsgruppe? Was wird denn bei Ihnen im Vergleich gemacht? Wie wird das Thema dynamisch nach vorne getrieben?“.

Das Ergebnis war, dass es keine Arbeitsgruppe und keinen Ansatz dazu gab. Das war die Antwort, die uns als FDP-Fraktion zumindest massiv erstaunt hat, wenn man gleichzeitig weiß, dass es eine der wichtigsten Stellschrauben ist. Deswegen die Frage: Wie kommen internationale Erkenntnisse auch in die nationale Bildungsberichterstattung hinein? Und sehr konkret noch die Frage: Ist nicht zum Beispiel auch der Grad der Eigenverantwortung der Bildungseinrichtungen etwas, worauf der Fokus noch ein bisschen verstärkter - auch im Rahmen der nationalen Bildungsberichterstattung - gelegt werden müsste?

Letzte Frage von meiner Seite in der ersten Runde: Wir müssen uns sehr intensiv – das haben Sie auch dargestellt – um Fragen der Bildungsförderung, des Bildungsaufstiegs, der Bildungsarmut und auch der Punkte, was die Faktoren dafür sind und wo wir ansetzen können, kümmern. Ein weiterer Punkt, der mir in dieser Debatte wichtig erscheint, ist, wie die Maßnahmen zur Förderung von Begabung und Hochbegabung unabhängig vom sozialen Stand und vom Geldbeutel der Eltern in der Bundesrepublik Deutschland, aussehen. Dazu würde ich auch die ergänzende Frage stellen, ob man nicht zudem den stärkeren Fokus innerhalb der nationalen Berichterstattung, neben dem Themenbereich der Eigenverantwortung, auch auf den Themenbereich der Förderung von Begabung und Hochbegabung setzen sollte. Vielen Dank.

Vorsitzende:

Vielen Dank, und nun Frau Hein, bitte.

Abg. Dr. Rosemarie **Hein** (DIE LINKE.):

Schönen Dank, Frau Vorsitzende. Ich würde gerne damit beginnen zu sagen, dass ich die Bildungsberichte in den letzten Jahren häufiger und sehr intensiv genutzt

habe. Ich finde es sehr gut, Herr Professor Baumert, dass es zunächst eine sachliche Datenlage ohne wertende und wichtende Dinge ist.

Dennoch teile ich Herrn Rossmanns Wunsch, dass es vielleicht gut wäre, über diesen Weg auch zu Empfehlungen zu kommen. Wir sind als Politik natürlich zu der Interpretation und zu Schlussfolgerungen genötigt, die wir aus diesen Berichten zu ziehen haben. In diesem Zusammenhang habe ich fünf Punkte, die ich kurz ansprechen möchte, weil die Zeit für längere Debatten nicht reichen wird.

Das Erste bezieht sich auf die Frage der Bildungsbeteiligung. Man kann dem Bildungsbericht entnehmen, dass die Zahl derer, die einen Hauptschulabschluss oder gar keinen Schulabschluss haben höher ist, als die Zahl derer, die eine Hochschulzugangsberechtigung wie Fach- und Hochschulzugangsberechtigung erhalten. Das ist ein Befund, den ich für problematisch halte. Wenn man bedenkt, und das ist sowohl aus dem Bericht als auch aus der Stellungnahme der Bundesregierung abzulesen, dass die Zahl der nicht- und geringqualifizierten Arbeitsplätze in der Zukunft abnehmen wird. In diesem Zusammenhang frage ich mich, ob es sinnvoll ist, sich in der Politik vor allem darauf zu konzentrieren, Programme zu entwickeln, die das Nachholen des Hauptschulabschlusses zum Ziel haben. Wäre es nicht mindestens genauso wichtig, darüber hinausgehen?

Die zweite Frage bezieht sich auf die frühkindliche Bildung und in diesem Kontext auf das Verhältnis von Qualität und Quantität. Nun werden wir möglicherweise, wenn das Ausbautempo bei der frühkindlichen Bildung noch gesteigert werden kann - was ich zwar ein bisschen skeptisch sehe, aber vielleicht gelingt es – in der Quantität der Versorgung mit Krippenplätzen tatsächlich irgendwann bei den 35 Prozent liegen. Ungeklärt ist aber die Frage, wie die qualitative Umsetzung dieses Bildungsanspruchs ist. Wenn man weiß, dass von dem Personal in der Tagespflege beispielsweise von 36.000 tätigen Personen im Jahr 2009 21.000 keine pädagogische Ausbildung haben, dann halte ich das für unzureichend und ich bezweifle, dass dies über Weiterbildungsangebote ausgeglichen werden kann. Sehen Sie das ähnlich?

Eine dritte Anmerkung betrifft weiterhin das Personal: Wir haben insgesamt ein Defizit beim Erziehungspersonal. Sie haben darauf hingewiesen, man kann es auch nachlesen, dass die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer, die das 50 Lebensjahr bereits überschritten haben, sehr hoch ist. Ich befürchte, dass sich unter Umständen die Rahmenbedingungen in den Ländern weiter verschlechtern werden, wenn sich die Politik in dieser Weise nicht bewegt.

Eine Vierte Bemerkung bezieht sich auf die Demographie. Mir ist beim Zuhören Ihrer Beiträge die Überlegung gekommen, dass wir schon einmal die Erfahrung eines gewaltigen demographischen Einbruchs, nämlich in Ostdeutschland, gemacht haben. Dort sind die Geburtenzahlen im Jahr 1995 auf einen Tiefstand von einem Drittel des Jahres 1989 zurückgegangen. Wir hätten mit einer demographischen Rendite unheimlich viel anstellen können. Offensichtlich ist es

aber nicht gelungen. Daher wäre meine Frage: Ob sich auch die Wissenschaft damit beschäftigt und warum das gescheitert ist? Das wäre doch ein Lehrstück gewesen.

Die letzte Bemerkung richtet sich vor allem an den Vertreter aus dem Bayerischen Staatsministerium, Herrn Erhard. Ich habe in den letzten Jahren mehrfach und verstärkt die Klage gehört, dass die Bildungssysteme zwischen den Ländern nicht kompatibel sind. Ich will Sie nicht nach dem zweigliedrigen Schulsystem fragen, sondern danach: Wie nach Ihrer Vorstellung die Kompatibilität unterhalb der Schwelle der Leistungsfeststellungen irgendwelcher Vergleichsarbeiten, die immer erst am Ende eines bestimmten Bildungsweges entstehen, hergestellt werden kann? Wer zum Beispiel von Bayern nach Sachsen-Anhalt umzieht, hat zwei Jahre Chemie nachzuholen, weil es in Bayern zwei Jahre später eingeführt wird als in Sachsen-Anhalt. Man kann es nicht auf Schülerinnen und Schülern abladen, sondern da muss es etwas geben. Deshalb meine Bitte an Sie, einmal zu erläutern, wie Sie sich das vorstellen.

Vorsitzende:

Vielen Dank. Frau Hinz, bitte.

Abg. Priska **Hinz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank. Ich habe zunächst eine Anmerkung und auch Fragen zur Struktur des Bildungsberichts bzw. dazu, was auftaucht und nicht auftaucht. Herr Prof. Baumert hat am Anfang darauf hingewiesen, dass man sich bemüht, bei dem Instrument der nationalen Bildungsberichterstattung auch die non-formale und informelle Bildung mit aufzunehmen.

Nun ist es tatsächlich so, dass Kinder, Jugendliche und Erwachsene nicht nur in den Schulen und Volkshochschulen lernen, sondern auch außerhalb von Bildungseinrichtungen. Gerade diskutieren wir bei der Erstellung des deutschen Qualifikationsrahmens, wie informelle und non-formale Bildung als Kompetenzorientierung mit aufgenommen werden kann, damit auch diese Kompetenzen, die Menschen im Laufe ihrer Bildungsbiografie erworben haben, richtig gewertet werden. Im Nationalen Bildungsbericht ist die Thematik der informellen Bildung noch nicht so richtig untergekommen. Können Sie noch einmal verdeutlichen, welche Rolle das tatsächlich spielt, wie viel Notwendigkeit an Forschung noch vorhanden ist, um überhaupt zu guten Kriterien zu kommen. Wie kann man das messen und bewerten, damit wir auch politisch weiterarbeiten können?

Zum Analphabetismus hat Kollege Rossmann schon darauf hingewiesen, dass eventuell eine Forschungslücke vorhanden ist. Mich würde interessieren, wie dieses Thema im Bildungsbericht aufgenommen werden kann? Bislang haben wir die Einteilung in ohne Schulabschluss, mit schlechtem Schulabschluss oder schlechtem Hauptschulabschluss. Das sind nicht alles Analphabeten. Gleichfalls

haben wir Personen, die schon einen anderen Bildungsabschluss haben, die Analphabeten oder funktionale Analphabeten sind. Wie kann man diese Gruppe auch noch aufnehmen, damit wir daraus die Konsequenzen und die Schlüsse ziehen können?

Ich komme zu dem Punkt der demographischen Entwicklung: Nun wissen wir alle, dass es einen Fachkräftemangel geben wird, auf den wir reagieren müssen. Im Bildungsbericht ist ausdrücklich ausgeführt, dass es zu einem Rückgang geringqualifizierter Arbeit und zu einem Anstieg von hochqualifizierten Tätigkeiten kommen wird. Wir wissen aber, dass wir etwa 1,5 Mio. junger Menschen bis 30 Jahre haben, die ohne Berufsabschluss sind. Wir haben viele junge Menschen, die mit einem schlechten Abschluss die Schule verlassen und deswegen im Übergangssystem mit seinen vielen Warteschleifen landen, die zu keinem erfolgreichen Abschluss führen.

Einmal ist die Frage: Welche Angebote müssen wir diesen jungen Menschen und Erwachsenen machen, damit sie nachholend tatsächlich zu einer besseren Qualifizierung kommen, zur wirtschaftlichen Prosperität beitragen können, aber auch selbst eine gesellschaftliche Teilhabe erhalten?

Herr Prof. Weishaupt, Sie haben gesagt, dass wir viele gute Angebote von Bildungseinrichtungen haben, dass es aber auch Menschen gibt, die diese Angebote nicht nutzen. Ich frage mich, ob das auch für die Weiterbildung gilt. Haben wir hierzu nicht noch ein Problem, mit entsprechend guten Weiterbildungsangeboten gerade auch für solche Menschen oder für Ältere, für Frauen, also für die Zielgruppen, von denen Sie im Bericht schreiben, dass dort die Weiterbildungsquote noch sehr gering ist?

Ein letzter Punkt betrifft das Thema des sonderpädagogischen Förderbedarfs. Dieses liegt mir immer sehr am Herzen, weil bei uns im internationalen Vergleich – was auch der Bildungsbericht zeigt – eine hohe Quote von Kindern existiert, die so eingestuft sind, dass sie einen besonders hohen Förderbedarf haben, und nicht inkludiert im Regelschulsystem, sondern in entsprechenden Förderschulen sind. Diese jungen Menschen verlassen in der Regel die Schule ohne regulären Abschluss. Sie sind sozusagen hinterher wieder - wenn überhaupt - als Geringqualifizierte auf dem Markt. Diese Menschen haben oft wieder Kinder, die Förderschüler sind. Irgendwie muss man diese Kette durchbrechen. Wir haben den Auftrag durch die Behindertenrechtskonvention, ein inklusives Schulsystem zu errichten. Doch da hängen wir etwas hinterher. Mir stellt sich die Frage: Wie kann man zu einer guten inklusiven Schule kommen, die auch eine besonders gute Förderung entsprechend der heterogenen Schülerschaft etablieren kann? Wie kann so etwas in einem Bildungsbericht tatsächlich als Bildungsberichterstattung aufgenommen werden? Wie weit sind wir bei der qualitativen Entwicklung und was müssen wir noch tun?

Vorsitzende:

Ganz herzlichen Dank. Und damit kommen wir zu der ersten Antwortrunde und das Wort hat wieder Herr Professor Baumert.

Prof. Dr. Jürgen **Baumert** (Max-Planck-Institut für Bildungsforschung):

Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Jetzt ist guter Rat teuer. Ich treffe einmal eine Auswahl von Fragen, wo ich meine, dass ich vielleicht etwas dazu sagen kann, und lasse die Fragen weg, wo die anderen beiden Herren besser Bescheid wissen als ich.

Lassen Sie mich mit einem Problem beginnen, nämlich mit der Frage der Migration und was sie für die Zukunft bedeutet. Dies ist ein, glaube ich, in der Öffentlichkeit und möglicherweise auch in der Politik noch nicht in der ganzen Dramatik wahrgenommenes Problem. Das Problem ist regional unterschiedlich, weil die Zuwanderungsströme zu unterschiedlichen Ländern verschieden sind. Das heißt, es ist vornehmlich ein Problem der alten Länder, insbesondere der Stadtstaaten und aller Ballungsräume. Zurzeit haben etwa 35 Prozent der Schulbevölkerung in den westdeutschen Flächenstaaten einen Migrationshintergrund. Wenn Sie sich die Gruppe der ein- bis unter fünfjährigen anschauen, sind das über 40 Prozent. Die Prognose ist, dass dieser Anteil steigen wird. In den Ballungsgebieten bedeutet das, dass in der nächsten Zeit Kohorten eingeschult werden, von denen 60 bis 70 Prozent Zuwanderungsgeschichte haben und damit keine Minderheit, sondern die Mehrheit darstellen. Das ist ein wirkliches Problem, das in der Dramatik noch nicht in aller Deutlichkeit gesehen wird.

Die Bundesrepublik hat in den letzten Jahren gerade der Anhebung des Bildungsniveaus, bei der Verringerung der Risikogruppe und der sozialen Ungleichheiten einen positiven Trend zu verzeichnen. Diesen darf man nicht klein reden, er ist wirklich eine Erfolgsgeschichte. Wenn nichts passiert, wird in einem Zeitraum von 10 Jahren der Trend brechen und einzig durch die Veränderung der Sozialstruktur der Schulbevölkerung - bei vergleichbaren Leistungen - nach unten gehen. Das heißt, dass wir eine negative Geschichte schreiben werden.

Diese Veränderung der Schulbevölkerung hat zwei Komponenten. Einmal sind die Familien mit Zuwanderungsgeschichte eher Familien, die aus sozial schwächeren Verhältnissen kommen, was bedeutet, dass wir eine Unterschichtung in eine durchgreifende Veränderung der Sozialstruktur der Schulbevölkerung haben. Daran kann man nichts mehr ändern. Die Eltern haben ihre Kinder bekommen. Wir werden sie nicht in wenigen Jahren aus ihren sozialen Verhältnissen befreien können.

Das Zweite ist die schwerer zu beantwortende Frage, was spezifischer Migrationshintergrund und die Beherrschung der Verkehrssprache bedeutet? Wir wissen, dass in einzelnen Migrationsgruppen die zweite Generation sprachlich

praktisch eingegliedert ist, vor allen die osteuropäischen Zuwanderer. Wir wissen aber auch, dass es andere Gruppen gibt, wie Gruppen türkischen Herkunft oder aus arabischen Ländern, die auch in der zweiten Generation keine positive Veränderung im Vergleich zur ersten Generation zeigen. Ob sich das alles automatisch in der dritten Generation angleichen wird, ist fraglich.

Das heißt, dass wir ein Problem des Interventionsbedarfes bei leistungsschwachen Schülern, insbesondere aus sozial schwachen Familien und solchen mit Migrationsherkunft haben. Das Interventionsfenster beträgt fünf bis acht Jahre, nicht mehr. Wenn in dieser Zeit nichts passiert ist und die Länder hier nicht gehandelt haben, wird Deutschland im internationalen Vergleich ein massives Problem sowohl was das Kompetenzniveau also auch was die Gruppe der Risikoschüler und die soziale Gerechtigkeit betrifft, haben. Man weiß es jetzt und muss etwas tun. Das ist das erste Problem, das fast so dramatisch ist, wie die ersten Ergebnisse der PISA-Studie von 2000.

Der zweite Punkt, zu dem ich gerne ganz knapp etwas sagen würde, ist die Frage der Lehrerqualifikation und der Fortbildung. Es wird in der Öffentlichkeit und in der Politik, je nach Standpunkt und Sichtweise, über die Weiterentwicklung unseres Schulwesens vornehmlich im Sekundarbereich I diskutiert. Häufig wird vergessen, dass wir auch eine differenzierte Lehrerbildung haben, die exakt darauf abgestimmt ist und eminente Konsequenzen im Hinblick auf die Weiterentwicklungsmöglichkeiten hat. Wir wissen mittlerweile aus Forschungsergebnissen für Mathematik und Physik, dass diese unterschiedliche Ausbildungsstruktur eminente Konsequenzen für die Leistungsfortschritte der unterrichteten Schülerinnen und Schüler bringt. Man hat Hinweise, dass das genauso für den Fremdsprachenunterricht gilt. Die großen Unterschiede in den alten und neuen Bundesländern bei den Bildungsstandards im Ländervergleich sind ein schlagender Hinweis darauf. Das heißt, wir haben auch eine riesige Baustelle in der Veränderung der Lehrerqualifikation als Vorbedingung einer wirklichen strukturellen Weiterentwicklung des Systems. Allein die Strukturveränderung ohne Lehrerbildung wird wenig Wirkung zeigen. Auf das Thema der Fortbildung will ich jetzt nicht eingehen.

Die Frage der Beschränkung des Berichts auf die Analyse, die zugegebener Maßen in der Problemdarstellung auch die Perspektive eröffnet, wohin die Reise gehen könnte. Ich glaube, das ist fair und das muss man dem Konsortium einräumen. Ich bin aber überzeugt, dass die grundsätzliche Trennung einer Analyse und einer Parameterdefinition für Veränderungen und politischen Empfehlungen richtig ist. Gleichzeitig muss man aber auch feststellen, dass der Bund und die Länder das Instrument der gemeinsamen Empfehlung - also die Möglichkeit, die Artikel 91b GG einräumt - nicht ausgeschöpft haben. Bisher gibt es keinen Fall der gemeinsamen Empfehlung von Bund und Ländern, obwohl das unsere Verfassung zulässt. Es hat sich noch keiner gewagt, die Initiative zu ergreifen. Der Bund und die Länder stehen hier gemeinsam in der Pflicht. Ich kann mir sehr gut - jetzt als Beobachter von außen - Themen vorstellen, wo es meines Erachtens einen Konsens gibt und wo auch ein gemeinsames - also auch ein abgestimmtes -

Handeln im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeiten möglich ist. Die Ganztagschule ist ein Musterbeispiel. Dort gibt es mehrere Zuständigkeiten. Das Land ist für das Personal in der Schule, die Kommunen sind für den Nachmittagsbereich zuständig. Es gibt differenzielle Zuständigkeiten und es besteht bei der jetzigen Verfassungslage die Möglichkeiten der Abstimmung.

Ein weiterer Punkt – zwei Punkte habe ich noch – betrifft die Forschungsschwerpunkte. Es ist überhaupt keine Frage, dass es Forschungsdesiderate gibt, die nicht alle mit der enormen Anstrengung des Bildungspanels - eine der ganz großen Leistungen der Bundesrepublik in den letzten Jahren - erledigt werden können. Ich nenne nur eine, nämlich die Frage der Wirksamkeit der Schulförderungsprogramme. Es gibt eine bunte Blumenwiese unterschiedlicher Programme in den Ländern. Man kennt nur ein Programm, bei dem die Förderungswirksamkeit wirklich nachgewiesen ist. Es fehlt an systematischen, auch experimentellen und quasiexperimentellen Untersuchungen.

Der zweite Bereich ist eine Mischung von Datenmangel und Forschung. Das ist der Übergang von der allgemeinbildenden Schule in die berufliche Erstausbildung. Wir wissen nicht, wer die Personen sind, die im Alter von 30 Jahren keine Berufsausbildung haben. In keinem Land gibt es eine Individualstatistik, die überhaupt die Verläufe von dem allgemeinbildenden System durch das komplizierte Berufsbildungssystem darzustellen erlaubt. Die Datenschutzbestimmungen sind schwierig. Die Fortschritte für einen vernünftigen Ressourceneinsatz setzen voraus, dass man Informationen über individuelle Verläufe im Übergangssystem, also im Berufsbildungssystem hat, um fundiert über Durchlässigkeit und Nichtdurchlässigkeit zu reden. Das fehlt und ist ein substanzieller Mangel im gesamten System.

Ein weiterer Punkt: Bei der informellen Bildung besteht ein wirkliches Forschungsdesiderat an guten Studien. Ich glaube, Herr Weishaupt wird etwas dazu sagen. Er ist gerade in dem Bereich betroffen, wenn es um kulturell-ästhetische Bildung geht. Es gibt für den ganzen Bereich der Bildungsbeteiligung, der Bildungstätigkeit und der expressiven Entfaltung von Persönlichkeit - die wir zum Glück neben der Schule haben - keine solide Datenbasis. Die eine Studie von 2004 des Deutschen Kulturinstituts schaue ich mir als Empiriker nicht so gerne an.

Schließlich noch der Forschungsbedarf im sonderpädagogischen Bereich: Die sonderpädagogische Förderung, insbesondere die Bedingung für eine erfolgreiche Inklusion, die als Entwicklungsziel vorgegeben ist, und Deutschland hat der Konvention zugestimmt, fehlt es an den deskriptiven Beschreibungsmerkmalen der Populationen, die sonderpädagogischen Förderbedarf haben. Wir wissen nicht wie viele Migrantenkinder, wir kennen nicht die soziale Herkunft und wir können nicht die Zusammensetzung dieser Gruppen schildern. Das Einzige, was wir in den Länderstatistiken wissen, ist die Staatsangehörigkeit. Die unterschätzt

aber das Problem des Migrationshintergrundes ungefähr um das Dreifache. Wir haben keine vernünftige Statistik und keine ordentliche Forschung.

Der letzte Punkt, beschäftigt sich mit der Frage der frühkindlichen Bildung, vor allem dem Ausbau der U3-Betreuung. Es ist überhaupt keine Frage, dass dieser Ausbau unterwegs ist und dass die Bundesregierung mit der gesetzlichen Verankerung eines Anspruchs auf die Kindertagespflege richtig liegt. In den Großstädten liegt die Betreuungsquote bei 75 Prozent, in den östlichen Bundesländern bei 45 Prozent, ansonsten bei 15 Prozent und darunter. Das heißt, dass das Ausbauziel mit Sicherheit erreicht wird. Die größte Herausforderung ist in der Tat die Frage, wie man die Qualität der Betreuung sichert. Das ist einmal die Frage der Qualifikation der Betreuung, aber auch eine Frage der Wahrnehmung des Problems in den Kommunen selbst. Die Elektrizitätsversorgung und Abwasserentsorgung hat für jeden Bürgermeister Top-Priorität. Es ist selbstverständlich, wenn das nicht funktioniert, funktioniert die Gemeinde nicht. Ob man aber ein Kindertagesbetreuungsangebot in der Gemeinde hat oder ob dieses gut verankert ist, das ist eher Luxus, den man zusätzlich noch leistet. Die Fragen des Ausbaues und der Qualitätssicherung sind gemeindliche Aufgaben. Die Länder sind aufgrund des Konnexitätsprinzips in der Regel vorsichtig, irgendwelche Anforderungen an die Kommune zu stellen, weil sie dann selbst zahlen müssen. Das ist ein offenes und ungelöstes Problem. Vielen Dank.

Vorsitzende:

Vielen Dank. Herr Erhard.

MD Josef **Erhard** (Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus):

Frau Vorsitzende, ich habe mit nummeriert und habe festgestellt, dass ich 26 Fragen gestellt bekommen habe, die zum Teil sehr differenziert gestellt waren. Diese alle zu beantworten, würde etwas schwierig sein. Ich möchte mich daher auf einige Dinge, auf die ich direkt angesprochen worden bin, beschränken. Zunächst glaube ich, dass sich die Frage der Migration sehr gut mit der Frage wohin die 20. Mrd. Euro Umschichtungspotenzial fließen, verbinden lässt. Es wäre eine erste und äußerst wichtige Aufgabe, in diesem Bereich mehr zu investieren als bisher. Mehr investieren heißt hier, dass man individuelle Förderung für die betroffenen Kinder braucht. Es genügt nicht, Programme aufzulegen, die sie dann nicht wahrnehmen. Man muss individuell und im Einzelnen auf diese Kinder eingehen.

Sie haben schon auf die Thematik gemeinsamer Empfehlungen oder Perspektiven hingewiesen. Herr Professor Baumert hat erklärt, dass der Nationale Bildungsbericht ein Analyseinstrument ist. Das Konsortium bzw. zukünftig das DIPF mit den angeschlossenen Institutionen, hat es sehr geschickt verstanden, dieses als Perspektiven zu benennen. In diesen Perspektiven sind Empfehlungen enthalten, die man sehr genau durchschauen sollte, weil sie in der Regel

ausgewogen und auch vernünftig formuliert sind. Ich meine, mehr sollte man nicht tun, da sonst die Streiterei beginnt. Wie es jetzt formuliert ist, ist es relativ deutlich ausgedrückt. Ich sage noch einmal, wir nehmen das alle zur Kenntnis, unabhängig davon ob A - Land oder B - Land regiert.

Gemeinsame Empfehlungen sind möglich. Es stimmt nicht, dass wir sie noch nie erteilt hätten. Wir hatten einmal, ich glaube nach PISA, den Versuch gemacht, für die Länder und den Bund gemeinsame Empfehlungen zu formulieren. Wir haben das in verschiedenen Verhandlungsrunden ungefähr ein halbes Jahr hin und her gewälzt, und heraus kam eine derart weichgespülte Version dessen, was man empfehlen könnte, damit eine Einstimmigkeit erzielt werden kann. Im Grunde war es keine sinnvolle Empfehlung mehr, da nur Selbstverständlichkeiten darin standen. Denn zu sagen, wir sind für Ganztagschule, kann jeder unterschreiben.

Jedes Land baut derzeit auf. Andere Länder in Ostdeutschland sagen zum Beispiel, da habe man keinen Nachholbedarf, das ist bei uns bereits zu 100 Prozent umgesetzt, während die Westländer umsetzen müssen. Gemeinsame Empfehlungen haben sich nicht bewährt. Wir haben aber ein anderes Instrument gefunden. In der Steuerungsgruppe zwischen Bund und Ländern analysieren wir gemeinsam mit dem wissenschaftlichen Beirat - mit Herrn Prof. Baumert an der Spitze - sehr intensiv, welche Handlungsempfehlungen sich ergeben, wie die Perspektiven formuliert sind und zuletzt - worüber wir in zwei Tagen wieder weiter diskutieren werden, ist das, was aus der letzten PISA-Untersuchung eigentlich ganz evident geworden und hier auch mehrfach angesprochen wurde - nämlich die Sprachförderung. Wir brauchen eine verstärkte Sprachförderung, das ist bei PISA ganz deutlich geworden.

Gerade beim Lesen und bei der Sprachfertigkeit haben wir seit 2000 die geringsten Fortschritte gemacht. Bei den Migranten haben wir ein Umsetzungsproblem. Im Jahr 1998 ist TIMSS erschienen, Sie entsinnen sich vielleicht noch, das war ein Schock. TIMSS hat sich mit Mathematik beschäftigt. Die Länder und der Bund haben das Programm SINUS aufgelegt, das wirklich sehr erfolgreich war, aber auch viel Geld gekostet hat. Ich bin der Meinung – und wir versuchen das Übermorgen den Ländern insgesamt verständlich zu machen, um einen Konsens zu finden - dass wir eine Art SINUS für die Sprachförderung brauchen, bei der alle mitmachen, bei der die Lehrerfortbildung mit dabei ist und auch ein neues Unterrichtsverhalten entwickelt werden kann.

Herr Weinberg, Sie haben bezüglich der Zusammenlegung Hauptschule/Realschule und der Kooperation Grundschule/Kita nachgefragt. Diese Frage wird sich nur mit dem demographischen Wandel entsprechend umsetzen, was ich ganz gelassen sehe. Wir haben Länder, in denen der demographische Wandel – vor allem im Osten – schon soweit eingesetzt hat, dass man auf ein zweigliedriges Schulsystem zurückgegangen ist. Das ist kein Beinbruch, das ist richtig. Wir haben bis jetzt in Bayern - genauso in Baden-Württemberg – die Entwicklung, die Hauptschulen in Mittelschulen

umzuwandeln. Das geschieht aus der Erkenntnis heraus, dass die künftig erforderliche Standardqualifikation der mittlere Abschluss sein wird.

Deshalb versuchen wir nicht, das einfach dadurch zu erreichen, dass man Haupt- und Realschule zusammenlegt, sondern dass man in der Hauptschule neue Schwerpunkte setzt, um die Schüler möglichst weit zu bringen, bis hin zum mittleren Abschluss. Wenn sich irgendwann in 10, 15, 20 Jahren auch in Bayern der demographische Wandel in den ländlichen Gebieten so weit vollzogen hat, stellt es kein Problem mehr dar, ein Schulsystem aufrecht zu erhalten, bei dem der mittlere Schulabschluss ein Mindestziel ist. Ich betrachte das entspannt und ohne irgendwelche Kampfnotwendigkeiten, das wird sich von selbst regeln.

In diesen Zusammenhang passt auch die Frage, warum man nicht internationale Erkenntnisse auf die nationale Ebene überträgt. Sie, Herr Meinhardt, hatten angesprochen, dass man sagt, dass die Siegerländer bei PISA alle mit eigenständigen Schulen ausgestattet seien. Ich erachte es für sehr gefährlich, ein Siegerland zu nehmen, um dann einen Faktor herauszugreifen und zu sagen, das ist die Ursache dafür, dass sie so gut sind. Das wird scheitern. Vor kurzem war ich dienstlich in Singapur – ein Siegerland bei PISA - und habe festgestellt, dass gar nicht daran gedacht wird, den Schulen irgendwelche Eigenständigkeit zu geben. Es ist sehr straff gelenkt. Möglicherweise liegt ein Teil des Erfolges gerade in dieser Richtung.

Schließlich noch ein Zweites: Sie haben auch darauf hingewiesen, dass wir nicht kompatible Bildungssysteme in der Bundesrepublik haben, dass beim Umzug von einem Land in das andere Schwierigkeiten entstehen. Das passt nicht ganz zusammen mit der Frage oder mit der Forderung, den Schulen möglichst große Eigenständigkeit einzuräumen. Denn wenn die Eigenständigkeit komplett und dezidiert vorhanden ist, haben Sie nicht mehr die Möglichkeiten, von einer Schule in die andere zu wechseln. Es muss also ein vernünftiges Maß an Übereinkunft, Freiheit und Eigenständigkeit geben. Alle Länder in der Bundesrepublik sind zurzeit dabei, die Eigenständigkeit der Schulen auszubauen, soweit das überhaupt denkbar ist. Gleichzeitig ist man damit beschäftigt, die Standardentwicklung, sozusagen die Ziele auf die ein Schulsystem hin arbeitet, zu vereinheitlichen.

Das heißt, es muss klar sein, wenn man in die Sekundarstufe I geht, dass das Ziel der mittlere Schulabschluss ist. Dafür gibt es Standards, die erreicht sein müssen. Den eigenständigen Schule auf der einen Seite und dem Land auf der anderen Seite muss die Möglichkeit gegeben werden, gewisse Freiheiten zu haben, wie man zum Ergebnis des mittleren Schulabschlusses, zum Ende der Grundschulzeit oder sogar zum Abitur kommt. Meines Erachtens ist in dieser Frage auch sehr viel Polemik vorhanden. Die Länder bemühen sich im Augenblick sehr stark um Vereinheitlichung. Welchen Namen das trägt, ist nur eine Geschmacksfrage. Daran wird man sich sehr schnell gewöhnen. Es bedeutet nicht, dass unterschiedliche Namen auch völlig verschiedene Systeme haben. Oftmals kann

eine Bezeichnung gewählt sein, weil es traditionell ist und man immer das zu sagen gewohnt war, gleichzeitig ist der Inhalt aber sehr vergleichbar.

Ich wollte noch einen Punkt in der Lehrerbildung ansprechen. Es ist ein Desiderat mit dem ich mich sehr identifizieren könnte, dass man vom Bund her, wo die Exzellenzinitiativen laufen, nicht nur die Fächer Medizin, Biochemie und sonstige, die im Ansehen in der Erforschung sehr hoch stehen, zum Zielpunkt aller Beurteilungen macht, sondern dass man sich auch einmal dem Gedanken stellt, ob man nicht für die Lehrerbildung eine Exzellenzinitiative ausschreibt, um in diesem Bereich in besonderer Weise voranzukommen. Da entwickeln wir uns tatsächlich etwas auseinander. Die Kultusministerkonferenz hat zwar Standards für die Erziehungswissenschaften und Pädagogik entwickelt und sehr genau umgesetzt. Sie hat auch inhaltliche Anforderungen für das jeweilige Studium definiert und formuliert. Die Hochschulen haben aber sehr viel Freiheit, diese entsprechend umzusetzen oder auch nicht umzusetzen.

Auf der einen Seite haben wir noch das Staatsexamen, auf der anderen Seite den Master und den Bachelor. Wir sind - von den Lehrerverbänden her - einem Druck ausgesetzt, dass mindestens ein Master-Abschluss zum Lehrerberuf berechtigen muss. Ich meine, da ist auch etwas daran, dass das gefordert werden müsste. Wir haben Erkenntnisse, wie wir hier zu besseren Ergebnissen kommen könnten. Studien wie COACTIV zeigen uns auf, dass es nicht alleine auf die Pädagogik ankommt, sondern auch auf das Fachwissen, das dahintersteckt, aber auch auf die Praxis, die wir entsprechend umsetzen müssen. In Zukunft wird hier noch einiges zu tun sein. Die Kultusministerkonferenz hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die demnächst zu tagen beginnt. Das ist die dritte oder vierte Arbeitsgruppe hintereinander. Diesmal aber in der Zielsetzung einer stärkeren Einheitlichkeit. Wir könnten Unterstützung durch eine Exzellenzinitiative „Lehrerbildung“ gebrauchen. Soweit zum ersten, es werden noch viele Fragen kommen.

Vorsitzende:

Herr Professor Weishaupt, bitte.

Prof. Dr. Horst **Weishaupt** (Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung):

Vielen Dank. Ich werde auch einige Punkte herausgreifen. Zunächst werde ich auf die Frage der Rezeption des Bildungsberichts und die Frage „Empfehlungen: ja oder nein“ eingehen.

Zu diesem Punkt: Wir sprechen bewusst keine expliziten Empfehlungen aus, weil das den ganzen Charakter des Berichts verhindern würde. Ich glaube, dass man sich dann über die Autorengruppe und deren Zusammensetzung ganz neue Gedanken machen müsste. Wir sind eine Gruppe von Wissenschaftlern, die einen evidenz- und datenbasierten Bericht als analytischen Bericht zum Bildungswesen vorlegen und in den Perspektiven bestimmte Handlungsmöglichkeiten andeuten.

Dabei sollte es auch bleiben und man sollte auch für eine breite bundesweite Diskussion dieses Berichts so verfahren. Ich glaube, dass der Deutsche Bildungsrat einen anderen Weg gewählt hat. Er ist sehr viel stärker auf Empfehlungen hin orientiert. In einer sehr differenzierten bildungspolitischen Gemengelage in Deutschland ist das meines Erachtens nicht der geeignete Weg.

Wir als Autorengruppe stehen explizit hinter der jetzigen Konzeption, nicht weil es uns irgendwie vorgegeben wäre, sondern weil wir das auch selbst für richtig halten. Wir wissen seit Habermas „Wissenschaft und Politik“, dass wir uns, wenn wir Empfehlungen geben, nur noch als informierte Staatsbürger Verhalten können und nicht mehr als Wissenschaftler. Diese Grenze sollte man auch einhalten.

Im Hinblick auf die Rezeption des Bildungsberichts war nur die Rezeption in den Ländern angedeutet. Diese ist sicher, bezogen auf die Landesparlamente, abgesehen davon, dass die entsprechenden Parlamentarier informiert sind, ausbaubedürftig. Man müsste möglicherweise die Landesparlamente explizit ansprechen, sich dort als Diskussionspartner vertraulich anzunähern.

Wo wir aber als DIPF auch aktiv sind, ist im Zusammenhang mit „Lernen vor Ort“ und dem Kommunalen Bildungsmonitoring. Hier sieht man, dass der Nationale Bildungsbericht der Referenzrahmen ist, an dem sich jetzt die kommunale Bildungsberichterstattung orientiert. Auch sind die Bildungsberichte der Länder sehr stark daran orientiert. Insofern ist die Art der Bildungsberichterstattung ein sehr wichtiger Orientierungsfaktor für den Ausbau von Berichtssystemen, auch auf den niederen Ebenen.

Man muss registrieren, dass sich der Bildungsbericht - mit Ausnahme des Deutschen Bundestages - vor allem an eine interessierten Öffentlichkeit in der Bildungspolitik wendet, wo er auch sehr gut rezipiert wird. Die Presserezeption des letzten Bildungsberichts war überraschend gut. Das Presseecho bei der Pressekonferenz war so, wie es die KMK relativ selten erlebt hat. Natürlich muss man sehen, dass die PISA-Befunde noch breiter rezipiert werden, weil im Grunde jedes einzelne Land noch einmal betroffen ist, und nicht nur die Bundesebene. Darauf bezogen braucht man sich im Hinblick auf die Wirkung, die Ausstrahlung des Berichts in die Wissenschaft, keine Gedanken machen, da der Bildungsbericht auch in dieser Hinsicht einem Referenzwerk geworden ist.

Jetzt noch zu einigen inhaltlichen Punkten: Ich bin bezüglich des qualitativen Ausbaus des Vorschulbereichs angesprochen worden. Wir haben im Grunde genommen nur zwei Indikatoren, mit denen wir datenbasiert arbeiten können, nämlich die Qualifikation des Personals und die Erzieher-Kinder-Relation, also die Betreuungsrelation. Man kann daran bereits einiges ablesen, was auch schon angesprochen wurde. Es wäre natürlich schön, wenn man auch etwas über die Ausstattungsqualität und sonstige Variablen von Kindertageseinrichtungen wüsste. Es könnte zum Beispiel ein Forschungsdesiderat sein, dass man mehr Informationen über die Qualität der Einrichtungen hat.

Da bin ich bei der Frage der Forschungsdesiderate insgesamt. Wir betrachten die Prozessfaktoren in den einzelnen Bildungseinrichtungen als ein Forschungsfeld, in dem man sehr viel mehr Informationen haben müsste, wie beispielsweise über Schulklima, Zufriedenheit - auch von Studenten mit dem Hochschulangebot - oder auch Indikatoren für die Qualität des Angebots nicht nur im Kindergartenbereich, sondern auch in anderen Bereichen. Da gibt es sicher sehr viel Forschungsbedarf. Ebenso im Bereich der informellen und non-formalen Bildung, wo wir - wenn überhaupt - nur ein paar Informationen im Bereich der Weiterbildung haben. Wir hoffen auf die neue Zeitbudget-Studie, die 2011/2012 wieder vom Statistischen Bundesamt geplant ist, wo man relativ belastbare Daten für die Bundesrepublik insgesamt bekommt. Die alte Studie von 2001/2002 hat gerade gezeigt, welche Bedeutung informelle Bildung über die ganze Lebensspanne hinweg hat. Wie bereits gesagt, fehlen uns dazu die Daten. Das ist auch das Problem bezogen auf den funktionalen Analphabetismus. Wir haben natürlich die Studie wahrgenommen und werden sie in den neuen Bildungsbericht mit aufnehmen. Wir sind aber im Wesentlichen auf Sekundäranalysen von vorliegenden Daten angewiesen. Von daher haben wir bereits das Thema gedanklich vor uns gehabt, dass es notwendig wäre, dazu etwas auszusagen. Wir hatten aber keine Grundlagen, um aussagefähig zu sein.

Ich nehme die Anregung noch einmal auf, dass man gezielt an bestimmten Punkten Studien anregt. Wie Herr Baumert das angesprochen hat, haben wir Moment an im Zusammenhang mit der musisch-kulturellen Bildung das Problem, dass wir im gesamten non-formalen und informellen Bereich, gerade bei Jugendlichen, über keine belastbaren Informationen verfügen. Gerade im Hinblick darauf, was die Schule oder formale Bildungseinrichtungen in diesem Bereich anbieten.

Es wurde die Frage angesprochen, inwieweit internationale Befunde in die nationale Berichterstattung eingehen. Natürlich verwenden wir oft die OECD-Indikatoren. Auch werden die EU-Benchmarks überwiegend berichtet, wobei wir uns - auch zum Teil innerhalb der Autorengruppen - darüber streiten, inwiefern die EU-Benchmarks überhaupt sinnvollerweise berichtet werden sollten, weil sie im Bezug auf die spezifische Bildungskonstellation in Deutschland nicht immer angemessen sind. Diese internationale Perspektive ist natürlich sehr zentral auch für die Art der Berichterstattung.

Bezüglich der regionalen Analyse würde ich das explizit unterstreichen, was Herr Baumert gesagt hat. Es müssen sozusagen Strukturprobleme sein, die von genereller bundesstaatlicher Bedeutung sind. Es kann nicht sein, dass man auf spezifisch regionale Problemlagen hinweist und sozusagen Bildungskartografie für Deutschland produziert. Das wäre etwas, das man im Rahmen eines Nationalatlasses machen kann, nicht aber im Rahmen der Bildungsberichterstattung.

Es wurden einige inhaltliche Punkte angesprochen, beispielsweise, wie man die Eigenverantwortung der Schule ansprechen kann, wie kann man die Förderung

von Begabung und Hochbegabten besser ansprechen. Ebenso die Frage der Förderung heterogener Schülerschaften.

Man muss einfach sehen, dass der Nationaler Bildungsbericht, der indikatoren gestützt ist, auch seine Grenzen hat. Das finde ich an den Länder- oder den kommunalen Bildungsberichten ganz interessant, dass sie genau an der Stelle auch positive Beispiele aufgreifen, landesspezifische Programme vorstellen und auf die existierenden Möglichkeiten hinweisen. Da muss man eine Arbeitsteilung zwischen nationaler- und landesspezifischer bzw. regionaler Bildungsberichterstattung und die Grenzen der Möglichkeiten einer nationalen Bildungsberichterstattung auf 200 Seiten akzeptieren. Wir können nicht noch modellhaft Beispiele für bestimmte Anliegen präsentieren. Damit möchte ich jetzt auch erst einmal schließen. Vielen Dank.

Vorsitzende:

Vielen Dank. Folgenden geschäftsleitenden Hinweis: Ich habe für die zweite Runde schon fünf Wortmeldungen und für eine mögliche oder nicht mögliche dritte Runde sechs Wortmeldungen. Ich rufe erst einmal die zweite Runde auf. Wenn wir bei unserer Vereinbarung bleiben, dass es eine Beschränkung auf drei Minuten gibt, wären wir dann bei 15 Minuten und hätten noch 15 Minuten für die Antwortrunde, wobei wir dann sicherlich noch ein paar Minuten Spiel haben.

In der zweiten Runde stehen jetzt auf unserer Liste: Herr Rupprecht, Frau Burchardt, Herr Schummer, Herr Feist und Herr Schulz.

Abg. Albert **Rupprecht** (CDU/CSU):

Vielen herzlichen Dank. Meine erste Frage geht an Herrn Professor Baumert: Der Nationale Bildungsbericht ist eine Augenblicksaufnahme. Mich würde interessieren, ob Sie aus wissenschaftlicher Sicht eine Einordnung auf der Zeitachse geben können? Der Eindruck in der Bevölkerung ist in der Breite, auch durch die öffentliche Berichterstattung bedingt, dass unsere Schulen immer schlechter und die Schüler immer schlechter qualifiziert ausgebildet seien. Meine Einschätzung ist da eine andere. Wenn Sie das Ergebnis oder den Stand des Bildungsniveaus des Jahres 2010 auf der Zeitachse vergleichen mit der Situation vor 20 oder vor 30 Jahren; wie ist das zu bewerten?

Die zweite Frage ist an Herrn Erhard gerichtet: Sie haben, wie es im Bericht formuliert ist, das Thema „Schüler aus Risikofamilien“ als eines der wesentlichen Probleme formuliert. Im Ländervergleich haben wir dramatische Unterschiede. Wenn wir uns einen Bericht bzgl. der Bildungssituation Berlins und Brandenburgs von vor zwei Wochen vergegenwärtigen, ist das ein desaströser Bericht. Wir haben aber auch Bundesländer, in denen die Situation sehr positiv ist. Wenn wir von Bildungsföderalismus reden, reden wir auch von einem Wettbewerb um die besten Ideen. Dazu bitte ich Sie, eine Einschätzung abzugeben. Welche Instrumente haben sich im Wettbewerb zwischen den

Ländern, zur Behebung dieses Problems im Wettstreit der besten Lösungen bewährt und welche Instrumente sind letztendlich bis dato als eher gescheiterte zu bewerten?

Der letzte Punkt richtet sich auch an Sie, Herr Erhard: Wir haben von Seiten des Bundes mit erheblichen finanziellen Mittel des Bundeshaushaltes das Paket Bildungsketten aufgelegt, wo wir den Übergang von der Schule in die Lehre verbessern wollen, um gefährdeten Schüler unter die Arme zu greifen. Ich wäre Ihnen für eine erste Bewertung dieses Instruments dankbar.

Abg. Ulla **Burchardt** (SPD):

Ich habe zwei Fragen an Herrn Prof. Weißhaupt und Herrn Prof. Baumert.

Sind Sie wirklich der Meinung, dass man das so apodiktisch festhalten kann, dass es der Wissenschaftler vermeiden muss, Empfehlungen zu machen, weil man sonst den Grenzbereich zur Politik überschreitet? Gibt es nicht viele Beispiele, nicht nur im Bereich der Bildungswissenschaften, sondern generell, wo dezidiert Wissenschaftler auch evidenzbasiert Empfehlungen geben und dieses auch ihrem Auftrag entspricht? Morgen haben wir zufällig den vierten Bericht des Expertengremiums Forschung und Innovation, das zum vierten Mal zu dem Ergebnis gekommen ist, dass das Bildungssystem im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit und den Fachkräftebedarf nicht leistungsfähig genug ist, um nur ein Beispiel zu nehmen. Hat das nicht mit ihrem Auftrag zu tun? Der Auftrag ist ein Kompromiss gewesen, dass Sie nämlich nur die analytische Bestandaufnahme machen und nicht über die Ziele, die Zielerreichung, die Fortschrittmessung oder ähnliches berichten. Das war ursprünglich das Anliegen des BMBF als zweiten Teil für den Ausbau der Infrastruktur. Der andere Teil betraf die Bildungsstandards, bei denen das stattfindet, was beim Bildungsbericht offensichtlich nicht geht oder nicht gewollt ist. Nämlich, dass Wissenschaftler und Politik zusammen eine Definition von Bildungsstandards erarbeiten. Warum könnte man hier nicht auch im Bereich von Empfehlungen zusammenarbeiten? Das erscheint mir an der Stelle nicht ganz schlüssig. Hat das nicht auch mit der mangelnden Anschlussfähigkeit an Politikprozesse zu tun? Denn die Teilnahme der Presse an der Pressekonferenz ist nicht unbedingt das Kriterium, um die Wirksamkeit zu messen. Es soll vielmehr Einfluss in die politische Entscheidung nehmen.

Der zweite Komplex betrifft die Datenlage: So interessant ich diesen Bericht finde, weil er sich gut liest, viel Material für eigene Vorträge bietet – worüber ich sehr dankbar bin - und auch hochinformativ ist, letztendlich ist der Bericht immer eine neue Aufbereitung existierender Daten. Sie greifen auf die vorhandene Datenlage zurück. Wie bewerten Sie fachlich das Problem der Datenlatenz, da sie zum Teil auf die Daten von 2005 zurückgreifen, deren Erhebungszeitraum noch weiter davor liegt, die Aussagefähigkeit der Daten und die Datenlücken? Für einige Bereiche, beispielsweise zur Erreichung des 10-Prozent-Ziels, sind die vorhandenen Lücken evident. Hier messen sie nicht spezifisch. Welche Folgen

hat das Fehlen einer länderspezifischen Darstellung für die Aussagefähigkeit des Berichts? In diesem Zusammenhang, Herr Prof. Baumert hatte das in seinem Beitrag angedeutet, könnte man nicht erwarten, um völlig aufgeklärt zu sein, dass verstärkt auch methodenkritische Hinweise in den Bericht darüber aufgenommen werden, dass Datenauswahl stattgefunden hat, wo es Datenlücken oder blinde Flecken gibt. Sollte man das nicht zum integralen Bestandteil machen?

Vorsitzende:

Damit hat jetzt der Kollege Schummer das Wort.

Abg. Uwe **Schummer** (CDU/CSU):

Vielen Dank. Ziel der Bildungsketten ist es einen systematischen Übergang von der schulischen in die berufliche Qualifizierung zu schaffen. Gibt es Studien oder auch Erfahrungswissen, die zeigen, wie hoch die Abbrecherquote in Schulen, die wirtschaftsnah eine langfristige Berufsorientierung mit Potentialanalysen, Einstiegsbegleitern, Crashpraktika und betrieblichen Praktika organisieren und in solchen Schulen, die eine Systematik beim Übergang derzeit nicht vorweisen, ist? Ist die Motivation der Schüler, die eine Perspektive in der Berufsausbildung durch Berufsorientierung erhalten höher, den Abschluss zu erreichen?

Ein zweiter Punkt ist nur eine generelle Frage bzgl. der Thematik des Europäischen Qualifikationsrahmens. Wie würden Sie uns raten, wie beispielsweise in der Gleichwertigkeit der Abiturient mit dem Mechatroniker in der dualen Ausbildung einzugruppieren ist?

Vorsitzende:

Herr Feist, bitte.

Abg. Dr. Thomas **Feist** (CDU/CSU):

Vielen Dank. Meine Frage richtet sich an Professor Weishaupt. Sie haben gesagt, dass im Bereich der non-formellen bzw. auch außerschulischen musischen Jugendbildung keine verlässlichen Zahlen vorliegen. Das wundert mich insofern, als das ich über 15 Jahre in diesem Bereich gearbeitet habe und bei jeder Maßnahme auch einen Bericht über die pädagogische Qualifikation schreiben musste. Wo könnten diese Berichte gelandet sein? Ist das nur Makulatur oder wo könnte man noch einmal nachfragen, da es diese Erhebungen gibt?

Wir haben durch die Allianz für Bildung versucht, auch die außerschulischen Akteure stärker in die Ganztagschule einzubinden und stärker in die Verantwortung zu nehmen. Denken Sie, dass es für die Ganztagsschulangebote günstig wäre, wenn wir auch dort, im Bereich musische oder außerschulischen kulturelle Jugendbildung an der Schule, ein pädagogisches Ziel formulieren würden?

Vorsitzende:

Herr Schulz, bitte.

Abg. Swen **Schulz** (SPD):

Meine Frage an die drei Experten geht auch in diese Richtung. Wie können wir den Bericht so gestalten, dass er noch besser in die politische und die gesellschaftliche Debatte hinein wirkt? Der Kollege Rupprecht hat von einer Momentaufnahme gesprochen. Wäre es nicht interessant, noch viel stärker tatsächlich die Verläufe und Entwicklungen über einen längeren Jahreszeitraum zu beobachten? Herr Prof. Baumert hat gerade mit Blick auf die Auswahl der Schwerpunktthemen gesagt, dass es richtig spannend werde; ich übersetze das jetzt einmal frei; dass man möglicherweise dazu übergeht, sich mit bestimmten Abständen ein Schwerpunktthema erneut vorzunehmen, um tatsächlich die Entwicklungen zu erkennen und um ggf. auch Instrumente, die politisch angewandt wurden, in ihrer Wirksamkeit besser einschätzen zu können. Bei dieser Gelegenheit nun die Frage: Wie ist das Verfahren zur Festlegung der jeweiligen Schwerpunktthemen? Wer definiert diese?

Vorsitzende:

Herr Baumert, bitte.

Prof. Dr. Jürgen **Baumert** (Max-Planck-Institut für Bildungsforschung):

Zunächst zu Herrn Rupprecht: Einer der Vorzüge des Nationalen Bildungsberichts ist, dass es keine Momentaufnahme ist. Der Bildungsbericht zeigt teilweise sehr lange Zeitreihen und dokumentiert Entwicklungen. Das ist der Vorzug der Kontinuität und der Stabilität, die für mich, besser als in der OECD, besser als etwa im amerikanischen oder britischen Bericht, eingelöst sind. Das ist möglich und Ihre Frage war: Wie ist die Entwicklung seit 10, 20, 30 Jahren?

Klare Aussagen können wir seit 10 Jahren machen, weil es seit dem dichtere Daten gibt. In fast allen Gebieten wie der Leistungsverbesserung, der Verringerung der Risikogruppe, der Verkleinerung der Gruppe im Übergangssystem, der besseren Passung zwischen Kompetenz und Anforderung im beruflichen Ausbildungsbereich, der Expansion des Hochschulbereichs und der Verbesserung der Frauen, die den Männern davon ziehen, ist die Entwicklung positiv. Wir haben eine Erfolgsgeschichte, die in den neunziger Jahren begonnen hat. Über die achtziger Jahre wissen wir nichts. Wir wissen etwas aus dem Ende der sechziger Jahre bis zu den neunziger Jahren, und dort ging es bergab. Ende der sechziger Jahre waren die Leistungen besser als Anfang der neunziger Jahre, aber seit dem ist es eine Erfolgsbilanz, die das deutsche Bildungssystem – unterschiedlich von Land zu Land - schreibt. Das sei konzediert.

Die Frage, auf die ich auch gerne eingehen würde, betrifft die Trennung von Empfehlung und Analyse. Es hängt natürlich von dem Auftrag ab. Wenn eine

Wissenschaftlergruppe einen klar definierten Auftrag hat, der eng umschrieben ist und die Randbedingungen definiert sind, dann bin ich der Letzte, der etwas sagt. Man kann natürlich sagen, was einleuchtend und was weniger einleuchtend ist. In der Regel wird man zwei bis drei Optionen haben. Man kann sich aber auch sehr verschätzen. Denken Sie an den Rat der Wirtschaftsweisen. Denken Sie an unsere Ökonomen im internationalen Vergleich. Die Wirkung des Crashes hat keiner prognostiziert. Das ist also auch mit großer Unsicherheit behaftet. Es ist aber keine prinzipielle Grenze. Man muss immer verdeutlichen, wo die Grenzen der wissenschaftlichen Aussagefähigkeit sind. Das ist beim Nationalen Bildungsbericht, der ein Mehrthemenbericht ist, sehr viel schwieriger. Er muss ein Tableau und einen Horizont der Gesamtentwicklung zeichnen. Dort hat man sehr viele Baustellen.

Ich möchte nicht ohne klare Vorgaben, wenn ich betroffen wäre, zu jeder Baustelle Empfehlungen geben. Das ist leichtfertig. Man muss gezielt nach politischem Ermessen Personen um Rat bitten, die dann auch Antwort geben können. Es ist also eher eine Frage der Klugheit und der Weisheit, als eine Frage der Prinzipien.

Bezüglich der Datenlage und Latenzlücken: Die Datenlage ist besser als sie es vorher war. Wir haben große Fortschritte gemacht. Es besteht immer noch das Problem, dass wir nicht die neusten Daten haben, obwohl ich dieses Problem weniger gravierend einschätze, als das der Datenlücken. Hier ist die Herausforderung der Bildungsberichte - das kann man nicht in einem Schritt lösen, sondern in den nächsten Jahre -, dass man wirklich fortlaufende Forschung macht, diese Lücken füllt und die Politik dahingehend sensibilisiert, wo diese Lücken tatsächlich sind.

Als letztes möchte ich zum Thema des Übergangs in die Ausbildung antworten. Das ist eines der brennenden Punkte. Der Bildungsbericht, vor allem der Vorletzte, zum Übergangssystem war einer der blendenden Berichte für diesen Bereich.

Ich skizziere die Situation. Die mindestgeforderte Qualifikation für einen zukunftsfähigen Beruf, ist der mittlere Abschluss. Auch wenn dieser noch keine Garantie ist, tatsächlich eine erstklassige Ausbildung zu haben. Sechzig Prozent der Personen, die einen guten Hauptschulabschluss haben, gelingt es im ersten Anlauf nicht, einen Ausbildungsplatz zu finden oder sich in das Schulberufssystem einzufädeln. Sie finden vielmehr eine Nische im Übergangssystem. Es ist unklar, wie viel Durchläufe sie dort mit welchem Erfolg haben.

Die Kooperation zwischen Wirtschaft und Schule funktioniert, selbst dort, wo es wie etwa in Baden-Württemberg Absprachen gibt, nicht immer optimal. In Baden-Württemberg haben sich die Sozialpartner und das Land verpflichtet, sich an den Ausbildungsrichtlinien im Übergangssystem zu orientieren. Die Abnehmer haben sich verpflichtet, die Anrechenbarkeit auch tatsächlich umzusetzen. Es

funktioniert aber nicht, da weniger angerechnet wird. Nur in Ausnahmefällen wird angerechnet und die vorhandenen Qualifikationen werden nicht genutzt. Es gibt auch zu wenig Plätze. Wir haben damit keinen ausgeglichenen Markt, vor allem eine mangelnde Passung zwischen der Qualifikation und den Angeboten.

Im Bezug auf Ihre Frage zur Bindung: Die Praktika erreichen es nicht. Es gibt einige sehr gute Modellversuche in mehreren Bundesländern, die zeigen, dass, wenn es eine längerfristige Bindung, die über ein vierwöchiges Praktikum hinausgeht, also einen Austausch von Schule und Betrieb gibt, auch Schwachqualifizierte Chancen haben unterzukommen. Denn ihr Potential, das man nicht aus den Noten oder aus den Zeugnissen ablesen kann, wird sichtbar. Eine längerfristige, intensive Zusammenarbeit zahlt sich aus, löst aber die Strukturprobleme nicht. Vielen Dank.

Vorsitzende:

Vielen Dank. Herr Erhard.

MD Josef **Erhard** (Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus):

Die erste Frage von Herrn Rupprecht betraf das Thema Wettbewerb der besten Ideen - Föderalismus: In der Kultusministerkonferenz gibt es die Vorgabe, dass alle bedeutsamen Modellversuche, die in den Ländern begonnen werden, der KMK gemeldet und entweder im Schulausschuss oder im Hochschulausschuss diskutiert werden. Damit weiß die Gemeinschaft der Länder jeweils, was in anderen Ländern ausprobiert wird und wohin dies führen könnte. In meiner Zeit als Amtschef habe ich eine ganze Reihe von Themen, die ein Land begonnen hat, wenn sie gut waren, auch für Bayern übernommen. Beispielsweise wurden die Evaluation, die Jahrgangsstufentests, der bilinguale Unterricht und ähnliche Dinge, die als Versuch in einem Land begonnen haben, allmählich übernommen. Einige davon haben sich derart durchgesetzt, dass man nicht mehr weiß, dass sie von einem Land eingebracht wurden. Ich halte es für eine gute Einrichtung, die besten Ideen auch jeweils mitzuteilen, zu diskutieren und dann die Möglichkeit zu geben, sie zu übernehmen.

Bildungsketten, haben Sie gefragt, Herr Rupprecht. Ich halte das für eine ausgezeichnete Einrichtung. Allerdings ist sie, Herr Schummer, noch nicht so alt, dass man jetzt schon Daten benennen könnte oder Untersuchungen, was sich im Vergleich zu anderen Schulen bewährt oder nicht bewährt hat.

Beim vorletzten Bildungsbericht haben wir mit Erschütterung zur Kenntnis nehmen müssen, dass die eingerichteten Übergangssysteme, im Anschluss an die Schule, um junge Leute in den Beruf zu bringen, fast wirkungslos an diesen vorübergegangen sind. Nach einem Jahr waren 60 - 70 Prozent wieder in der nächsten Runde des Übergangssystems und nicht im Beruf. Wir haben festgestellt, das wir früher beginnen müssen. Wir müssen die Wirtschaft, die Agentur für Arbeit und die Berufsschulen bereits in das achte, neunte Schuljahr mit

hineinbringen und dürfen uns auch nicht vor der Zusammenarbeit scheuen. Von den Bildungsketten, wie sie bei uns im Augenblick erprobt werden, weiß ich, dass sich als Ansprechpartner in einem Landkreis, sei es auf kommunaler - oder Schulamtsebene, Wirtschaft, die Agentur für Arbeit, die Schule und die Berufsschule zusammen tun und Berufsaufklärung, Vorstellung der Berufe und auch Praktika anbieten. Solche Ketten, die von der Schule in der Schule selbst beginnen, eventuell in ein Übergangssystem hineinreichen oder sogar Praktika in den Betrieben schaffen, haben sich bewährt.

Allerdings haben wir, weil es erst seit zwei, drei Jahren läuft, noch keine validen Zahlen einer empirischen Untersuchung. Es ist aber viel besser als in einer Schule, in der nichts geschieht. Wir können nur vermuten und ich glaube, dass wir hierzu nicht viele Untersuchungen brauchen, ob sich das bewährt hat.

Zur Datenlage: Die Datenlage in der Schule ist gut, und deshalb konzentriert sich das Meiste auf die Schule, weil wir in allen Schulgesetzen der Länder die Pflicht haben, an solchen Untersuchungen teilzunehmen. Daher können die Leistungen und die Einstellungen der Schüler in Strichproben über die ganze Bundesrepublik hinweg ermittelt werden. Wenn man aber an der Tür läutet und den jungen Mann oder den älteren Herrn fragt, ob er Analphabet ist, wird er vermutlich ungern Auskunft geben und statistisch verwertbar nachweisen, dass er es ist oder nicht ist.

Ich glaube, dass im Bereich Analphabetismus eine sehr große Aufgabe in der Sprachförderung liegt, die sich nicht allein auf die Länder bezieht, sondern auch auf den Bund. Man darf die Programme der Sprachförderung nicht einzig auf frühkindliche Erziehung fokussieren, da eine Vielzahl der Analphabeten es nicht von Haus aus sind. Sie können beim Schulabgang lesen und schreiben, verlernen es aber im Laufe der Zeit durch Nichtausüben. An dieser Stelle Weiterbildung und Fortbildung vorzunehmen, ist eine wesentliche Aufgabe.

Meine letzte Antwort bezieht sich auf die Frage des Schwerpunktthemas: Wie wird es gemacht, wie entsteht es? In der Steuerungsgruppe werden Themen gesammelt, die sich hierfür – zwischen Bund und Ländern - anbieten würden. Diese werden mit dem Wissenschaftlichen Beirat in der Steuerungsgruppe erörtert, ob sich dafür ausreichende Datenlagen ergeben und ob sich eine politische Notwendigkeit zeigt. Schließlich wird politisch, nämlich in der Kultusministerkonferenz, im Plenum und in Abstimmung mit der Bundesministerin, also auf höchster Ebene entschieden. Es muss jeweils ein Thema sein, aus dem ein Nutzen zu ziehen ist, das allgemeinen Interesses ist und das so weit aufbereitet werden kann, um empirisch darauf antworten zu können.

Vorsitzende:

Vielen Dank, Herr Professor Weishaupt, bitte.

Prof. Dr. Horst **Weishaupt** (Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung):

Frau Burchardt, zunächst zu Ihrem Punkt, nämlich der Form der wissenschaftlichen Politikberatung. Ich glaube, dass es unterschiedliche Formate gibt und darunter auch solche, in denen Wissenschaftler gebeten werden, in einer Enquetekommission an anschließenden Empfehlungen mitzuarbeiten und dann können sie das auch tun.

Der Bildungsbericht ist auf Dauer gestellt und soll auch auf Dauer gestellt sein. Vor dem Hintergrund ist aus unserer Sicht das Format, wie er jetzt gestaltet ist, das Angemessene und der weiteren Entwicklung des Bildungsbereichs am ehesten zuträglich. Damit wollte ich zum Ausdruck gebracht haben, dass ich mir in anderen Rollen, in anderen Funktionen als wissenschaftlicher Politikberater vorstellen könnte, im Hinblick auf Empfehlungen bereitwilliger zu sein, auch Empfehlungen zu geben. Vor allem, wenn ich nicht nach zwei Jahren noch einmal nachschauen muss, ob meine eigenen Empfehlungen umgesetzt wurden oder inwieweit meine eigenen Empfehlungen oder Entwicklungen übereinstimmen. Der Unterschied ist der, dass wir keine Politiker sind. Wir sind nicht gewählte Vertreter. Diese Rollentrennung sollte man beachten.

Im Hinblick auf die Datenbasis: Ich kann nicht erkennen, dass die Datenlücke das Problem ist, sondern in der Tat die Datenlücken und die Qualität der Daten. Herr Baumert hatte angesprochen, dass sicherlich die Weiterentwicklung des Mikrozensus, die Erhebung des Migrationsstatus und der besuchten weiterführenden Schulform, für die Bildungsforschung ganz zentrale zusätzliche Analysemöglichkeiten sind, die wir haben. Seit einigen Jahren haben wir den European Social Survey als Datensatz und auch den europäischen Mikrozensus, mit dem wir jetzt verstärkt arbeiten wollen, da er uns in mancher Hinsicht Möglichkeiten erschließt. Das sind aber auch Daten, die in der deutschen Forschung kaum Verwendung finden, jedenfalls nicht unter den Fragestellungen, die uns interessieren, sodass wir erst über eigene Forschung diese Datenbestände für die Bildungsberichterstattung erschließen müssen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass wir jetzt - mit Ausnahme des Schulbereichs - in allen Bildungsbereichen eine Individualstatistik haben. Wir haben die individualisierte Hochschulstatistik, die individualisierte Kindergarten- oder Kindertagesstättenstatistik und die individualisierte Statistik in der beruflichen Bildung, also im betrieblichen Teil der beruflichen Bildung. Man muss sehen, dass wir seitens der Forschung einen angemessenen Datenzugang bekommen und dass auch Verfahren gefunden werden, um bestimmte Datenschutzrestriktionen, die sich ergeben, wenn man die Daten im Verwaltungsvollzug nutzt, für die Forschung nicht mehr entstehen. Wir haben zum Beispiel in Hessen die Option, im Rahmen der Schulstatistik für die berufliche Bildung Daten zu bekommen. Daneben haben wir auch eine Personenkennung der Schüler im Berufsschulsystem. Damit habe man erstmals die Möglichkeit, zumindest für ein Bundesland die Verläufe nachzuzeichnen.

Das Problem, was Sie angesprochen haben: Wie bestimmte Maßnahmen wirkten, was das Ergebnis dieser Maßnahmen sei und wohin die Betroffenen im nächsten Jahr übergangen? Ist jemand, der ein Jahr im Berufsvorbereitungsjahr ist, im nächsten Jahr im Berufsschulsystem als Auszubildender oder ist er wieder Schüler im Übergangssystem? Nutzen die Schüler, die eine Berufsfachschule besuchen, diese wirklich um einen Berufsfachschulabschluss zu erwerben oder benutzen sie diese lediglich als Warteschleifen, um dann anschließend doch in eine duale Ausbildung zu gehen oder sonst in die Schule des Gesundheitswesens zu wechseln?

Hierzu wissen wir über die Verläufe bisher sehr wenig. Wir haben große Datenlücken. Wir hoffen aber, dass wir in der nächsten Zeit auch vom Datenangebot her Verbesserungen haben werden, um in der Berichtserstattung noch interessante Erkenntnisse vorlegen zu können. Das Problem bezüglich außerschulischer Jungendbildung ist, dass es eine Fülle von Einzelstudien gibt. Beim Nationalen Bildungsbericht brauchen wir repräsentative Daten für die Bundesrepublik. Das sind im Regelfall auch Daten, die fortgeschrieben werden, die als sequenzielle Querschnitte immer wieder in bestimmten Abständen verfügbar sind, um zum Beispiel die Entwicklungsverläufe zu beobachten. Da liegt oft das Problem, dass es im Einzelfall Studien gibt, die nicht bundesweit repräsentativ sind und von daher für die Nutzung im Nationalen Bildungsbericht zumindest wegfallen. Man kann sie in lokalen Bildungsberichten verwenden.

Wie kommt es zur Festlegung des Schwerpunktthemas? Im Regelfall war es in der Vergangenheit so, dass wir von der Steuerungsgruppe gebeten wurden, einen oder eine Liste von Vorschlägen zu machen, die dann innerhalb der Steuerungsgruppe wiederrum beraten wurden. In einem Aushandlungsprozess zwischen Bund und Ländern kam man zu einem Vorschlag, welches Schwerpunktthema bearbeitet werden soll. Das ist ein akzeptables Verfahren, weil wir auch Themen bearbeiten sollten, die als politisch relevant angesehen werden, und als vertiefende Themen eine entsprechende Resonanz bei den Auftraggebern finden. Vielen Dank.

Vorsitzende:

Herzlichen Dank, insbesondere an Herrn Prof. Baumert, Herrn Erhard und Herrn Prof. Weishaupt im Namen aller Kolleginnen und Kollegen. Sie stellen fest, das Interesse ist so groß, dass wir noch mehr als eine weitere Stunde mit Ihnen hätten bestreiten können. Vielleicht bietet sich bei der einen oder anderen Gelegenheit noch einmal die Möglichkeit dazu. Also ganz herzlichen Dank.

Wenn ich Sie nicht mit hinausbegleite, ist das dem Umstand geschuldet, dass wir nahtlos mit unserer ordentlichen Ausschusssitzung fortsetzen. Kommen Sie gut Heim und viel Erfolg. Ich mache noch einmal darauf aufmerksam, dass jetzt der nichtöffentliche Teil beginnt. Damit haben ausschließlich die Damen und Herren

noch Zugang zu der Veranstaltung hier, die von einem Abgeordnetenbüro angemeldet sind und auf der Anwesenheitsliste stehen.

Ende der Sitzung: 11:37 Uhr

Ulla Burchardt, MdB

Bearbeiter: Christoph Große